This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

1. Alsace-Lorraine - Hist. - 1870-1914.

2. Journalism - Germany

DR. ADOLF KOCH
JOURNALISM COLLECTION
* 1933 *

Die norddeutsche Publizistik und die Annexionsfragen im Jahre 1870.

(Vom 15. Juli bis zum 24. November.)

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

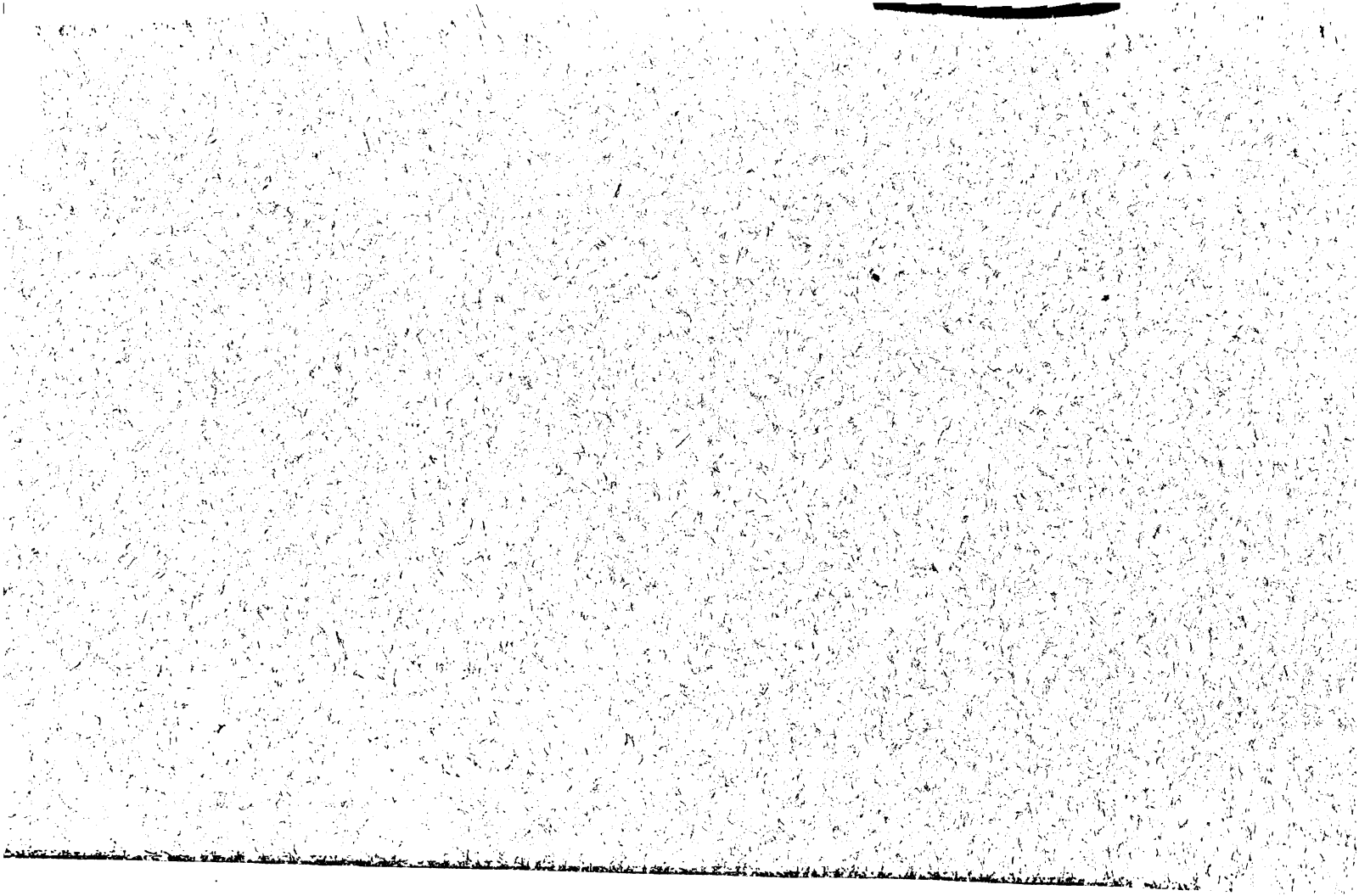
der

hohen philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg

vorgelegt von

Gustav Körner.

Hannover.
Göhmannsche Buchdruckerei.
1907.



Die
norddeutsche Publizistik und die Annexionsfragen im Jahre 1870.

(Vom 15. Juli bis zum 24. November.)

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg

vorgelegt von

Gustav Körner.

Hannover.
Göhmannsche Buchdruckerei.
1907.

Journalistische Bibliothek
Heidelberg

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
724780 A
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS
R 1934 L

NEW YORK
PUBLIC
LIBRARY

Meinen lieben Eltern.

BAER 23DEC'33

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorbemerkung 7

I. Elsaß-Lothringen.

§ 1. Die Stellung Bismarcks zur Annexionsfrage 9

§ 2. Die Annexionsfrage in den ersten Kriegswochen 16

„Berl. Börsenztg." S. 17; Marcard S. 17; Treitschke S. 17, 18; „Kreuzztg." S. 18; Jensen S. 19; Meißner S. 19; Forckenbeck S. 19; „Nat.-Ztg." S. 20 u. 22; „Mainztg." S. 21.

§ 3. Forderung einer militärisch brauchbaren Grenze ohne Rücksicht auf das in den zu annektierenden Ländern erhaltene Deutschtum 24

Alvensleben S. 25; Roon S. 25; Blanckenburg S. 25; Maurer S. 26; Menzel S. 27; Rohrbach S. 27; Bohlmann S. 31; „Köln. Volksztg." S. 32.

§ 4. Rückforderung von Elsaß und Deutsch-Lothringen einschließlich Metz und Umgebung . . 33

„Nordd. Allgem. Ztg." S. 34; „Spenersche Ztg." S. 34; „Kreuzztg." S. 36; „National-Ztg." S. 38; „Voss. Ztg." S. 45; „Preuß. Jahrb." S. 48; „Grenzboten" S. 51; Forckenbeck S. 53; Lasker S. 53; Bennigsen S. 54; Hölder S. 55; Kiefer S. 57; Maurenbrecher S. 58; Wagner S. 60; Münster S. 62; Sybel S. 62; Vetter S. 63; Volger S. 64; Oelsner S. 65; Geffcken S. 67; Böttcher S. 68.

Seite

§ 5. Rückforderung der deutschen Sprachgebiete in Elsaß-Lothringen 69

„Köln. Ztg." S. 69; „Westf. Ztg." S. 74; „Ostdeutsche Ztg." S. 74.

§ 6. Die Annexionsgegner 74

Berliner „Volkszeitung" S. 74; „Ausschuß der südd. Industriellen" S. 77; Die „Zukunft" S. 80; Der „Volksstaat" S. 81.

Schlußwort 82

II. Luxemburg 88

„Köln. Ztg." S. 89; Wagner S. 89; Bohlmann S. 89; „Nordd. Allgem. Ztg." S. 89; Treitschke S. 89; Volger S. 90; die „Luxemburger Zeitung" S. 90; Bismarck S. 90.

III. Kolonien 91

„Grenzboten" S. 91; Oppenheim S. 91; Bohlmann S. 92; „Kreuzztg." S. 92; Weber S. 92; Volger S. 95; Bismarck S. 96.

Vorbemerkung.

Die vorliegende Arbeit ist ein Teil des Werkes: „Die norddeutsche Publizistik und die Reichsgründung im Jahre 1870", das der philosophischen Fakultät der Universität zu Heidelberg als Dissertation vorgelegen hat und mit ihrer Genehmigung gleichzeitig im Verlage der Göhmannschen Buchdruckerei in Hannover erscheint. Aus diesem Grunde haben allerdings in den nachfolgenden Seiten einige Fußnoten, in denen auf andere Teile obiger Schrift verwiesen war, beseitigt werden müssen, doch waren sie meist unwesentlich, und der Text ist auch so verständlich geblieben. Zur genaueren Orientierung über die gesamte politische Publizistik Norddeutschlands in der II. Hälfte des Jahres 1870 sei auf das genannte Werk verwiesen, das auch ein ausführliches Namen- und Sachregister enthält. —

Als das Quellenmaterial zu diesem Abschnitt bereits gesammelt war, veröffentlichte K. Jacob das Buch: „Bismarck und die Erwerbung Elsaß-Lothringens 1870/71" (Straßburg 1905 bei van Hauten). Aber meine Arbeit wird deswegen nicht wertlos sein; denn sie ist insofern eine Ergänzung zu jener Schrift, als J. sich auf süddeutsches Material beschränkt („A. A. Z." und „Schwäb. M."), während ich ausschließlich norddeutsche Blätter und Druckschriften durchgesehen habe. Ferner war bei mir die Sammlung des publizistischen Stoffes die Hauptsache, während J. ihn nur nebenher verwertet.

Um in die z. T. doch sehr verschiedenen Ansichten eine befriedigende Übersicht zu bringen, habe ich versucht, eine Darstellung der Publizistik über die Annexionsfrage zu geben, in der die Verfasser nach dem Grade ihrer Forderungen geordnet sind ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit. Dieser Gegenstand wird also nicht im Zusammenhange hervortreten können, und ebenso war es auch unvermeidlich, daß die Frage der Zuteilung der neuen Provinzen zersplittert wurde. Ich werde jedoch im Schlußwort ausführlich auf diese beiden Fragen zurückkommen und die Ergebnisse meiner Untersuchung dort zusammenfassen.

Im übrigen glaube ich, daß das vorliegende Material (jedenfalls für Norddeutschland) die Mutmaßung Jacobs (a. a. O. Anh. S. 7), daß „die publizistische Literatur über die Frage, ob Elsaß und Lothringen erworben werden solle, weder umfangreich noch bedeutend" sei, doch dahin ergänzt, daß auch diese Frage in ziemlich reichem Maße in der Öffentlichkeit erörtert ist. Ja, gewichtige Stimmen, wie z. B. die „Kreuzztg." und die „National-Ztg.", beschränken sich sogar lediglich hierauf und lassen die Frage über die Zuweisung der neuen Gebiete ganz unberücksichtigt. —

Eine ausführliche Schilderung der Stellung Bismarcks zur Annexionsfrage erübrigte sich nach der anschaulichen Darstellung Jacobs; ich habe mich daher darauf beschränkt, diesen Gegenstand, der indessen doch nicht ganz übergangen werden durfte, in kurzer Zusammenfassung an der Spitze des Kapitels zu behandeln.

I. Elsaß-Lothringen.

§ 1.

Die Stellung Bismarcks zur Annexionsfrage.

Was Bismarck in den ersten Wochen des Krieges über dessen Ziel, speziell über eine Rückeroberung Elsaß-Lothringens*) gedacht hat, ist uns noch nicht bekannt. Aber in der Tatsache, daß der Kanzler, der immer die engste Fühlung mit der Presse unterhielt, diese ruhig gewähren ließ, als sich die ersten Rufe nach der Rückerwerbung von Straßburg und Metz hören ließen, liegt doch wohl der sicherste Beweis, daß ihn ähnliche Wünsche beseelten wie jene, die in den Zeitungen vorgebracht wurden. Noch ehe denn die großen Schlachten bei Metz geschlagen wurden, sprach Bismarck (13. August) (Poschinger, Tischgespräche II. 48) zu seiner Umgebung schon ganz offen davon, „Elsaß-Lothringen nie wieder herauszugeben". —

*) Dieser Ausdruck ist hier wie auf den folgenden Seiten allgemein für die Annexionen in Elsaß und Lothringen gebraucht. — Die Form „E.-L." ist während des Krieges von 1870 zwar noch selten, doch ist die Angabe Jacobs in seinem Buche „Bismarck und die Erwerbung Elsaß-Lothringens", Anhg. S. 9 XIV, daß das Wort E.-L. nicht vor Juni 1871 vorkäme, nicht richtig. So schreibt u. a. der Berichterstatter der „Nat.-Ztg." aus der Provinz Preußen am 22. September: „Elsaß-Lothringen — eine deutsche Provinz". Und schon am 14. September führte die Korrespondenz „eines Süddeutschen" in demselben Blatte ebenfalls den Titel: „Elsaß-Lothringen".

Nachdem schon am 11. August nach St. Petersburg die allgemein gehaltene Erklärung abgegangen war, „man werde sich unsererseits mit dem etwaigen Sturze Napoleons nicht begnügen können" (Busch, Tgb. I. S. 60), erhielt in diesen Tagen (15. August) die russische Regierung auch schon die bestimmte Nachricht, „daß wir, „wenn es Gottes Wille", das Elsaß behalten würden" (Busch, Tgb. I. S. 78). Besonders klar aber trat die Absicht der Regierung zutage, als man begann, sich Mitte August in den eben eroberten Gebieten häuslich einzurichten. Zufolge dieser amtlichen Maßnahmen wurden am 14. August die „okkupierten Distrikte des Elsaß" unter die Verwaltung des Generalgouverneurs von Bismarck-Bohlen gestellt und am 17. August auch die Departements Meurthe und Moselle zu einem Gouvernement unter dem General von Bonin vereinigt. Auf besonderen Antrag Bismarcks wurden dann schon wenige Tage später die fünf Arrondissements Saarburg, Château-Salins, Saargemünd, Metz und Thionville dem Verwaltungsbereich des Generals von Bonin entzogen und als neue Präfektur, die zuerst „Mosel", dann aber „Deutsch-Lothringen" hieß, dem Grafen Bismarck-Bohlen überwiesen, dessen Verwaltungsbezirk bald den Namen „Generalgouvernement Elsaß und Lothringen" führte. Besonders hervorgehoben zu werden verdient wohl noch der Umstand, daß für dieses letztere Gebiet im Laufe des September das Postwesen „definitiv organisiert" wurde, während es in den übrigen eroberten Gebietsteilen nur provisorisch verwaltet werden sollte. —

Die amtliche Presse, die doch als das naturgemäße Sprachrohr Bismarcks anzusehen ist, widmete in der ministeriellen „Provinzial-Correspondenz" der Frage Elsaß-Lothringens am 31. August einen längeren Artikel, dessen Hauptstellen lauteten: „Es sind dies zunächst nur Wünsche,

einmütige Wünsche des deutschen Volkes; inwieweit diese Wünsche demnächst bei den Friedensverhandlungen als ausdrückliche Forderungen geltend gemacht werden sollen, dafür liegt in diesem Augenblicke ein bestimmter Anhalt selbstverständlich noch nicht vor. Es kann sich für jetzt nur darum handeln, die innere Berechtigung und die wahre Bedeutung jenes nationalen Verlangens zu begründen... Die vom Deutschen Reiche abgerissenen Länder (Elsaß und Lothringen) sind für Frankreich die Hauptstützpunkte des bedrohlichen Angriffs gegen Deutschland geworden. Wie hätte nach den glorreichen Siegen der deutschen Heere und nach der Eroberung der früheren deutschen Lande, wie hätte nach den schweren und teuren Opfern, mit welchen die Siege errungen worden, nicht mit aller Macht die Überzeugung hervortreten sollen, daß die Ehre sowohl wie die Sicherheit Deutschlands gebieterisch verlangen, jener alten Schmach, daß deutsches Land zum Ausgangspunkt für deutsche Knechtung benutzt werde, nunmehr ein Ende zu machen?... Auch jetzt ist es nicht Lust an Eroberung oder der Wunsch nach Ausdehnung der deutschen Grenzen, auch nicht Rachedurst oder das Verlangen nach einer Zerstückelung Frankreichs, was jenen einmütigen Kundgebungen zugrunde liegt: dieselben beruhen vielmehr einerseits auf der Überzeugung, daß dem so schmählich angetasteten deutschen National-Gefühl durch die Sühne jener alten Schuld volle Genugtuung zuteil werden müsse, andererseits und vorzugsweise auf dem festen Willen, durch Wiederherstellung der wirklichen, natürlichen Grenzen die Verteidigung Süddeutschlands gegen die Wiederkehr französischer Anfälle besser als bisher sicher zu stellen. Dieses Verlangen ist unter den Verhältnissen, wie sie sich in den letzten Wochen gestaltet haben, so naturgemäß, daß schwerlich von irgend einer Seite

versucht werden dürfte, dem einmütigen nationalen Willen Deutschlands darin entgegenzutreten."

Wie aber das deutsche Volk über diese Absichten der Regierung dachte, lassen die Worte erkennen, mit denen die „Nat.-Ztg." am 2. September sich über den obigen Artikel der „Prov.-Corr." äußerte. Sie schrieb: „Die „Prov.-Corr." hat gestern von den einmütigen Wünschen des deutschen Volkes, daß Elsaß und Lothringen wiedergewonnen werden, gesprochen; sie hat zunächst, da die Friedensverhandlungen noch nicht begonnen haben, die innere Berechtigung und die wahre Bedeutung dieses Verlangens des gesamten Volkes begründet. Und in der Tat, ein einmütiges Verlangen ist es, und ist es schnell geworden, obgleich heute vor zwei Monaten niemand davon sprach, niemand daran dachte." — Ein seltsames Zusammentreffen von Ereignissen ist es dann, daß an demselben Tage, wo das Schicksal der französischen Armee bei Sedan besiegelt war, die „Nordd. Allgem. Ztg." die auf Veranlassung Bismarcks von M. Busch verfaßten Worte brachte: „Das Mindeste, was wir von Frankreich fordern müssen, ... ist die Abtretung der Ausfallpforten Frankreichs nach der deutschen Seite hin, die Eroberung von Straßburg und Metz für Deutschland." — Bei Bismarck stand es jetzt fest, „daß man unter keinen anderen Bedingungen (als von Frankreich Landabtretungen zu erzwingen) Frieden schließen werde". (Busch, Tgb. I. S. 122.)

Von vornherein aber war es auch Bismarck klar, daß nicht Preußen allein aus der neuen Eroberung einen Gewinn erzielen dürfe, und schon am 22. August hatte er dem Kronprinzen von Sachsen gegenüber geäußert, daß die neuen Gebiete Gesamtdeutschland gehören sollten; eine derartige Einverleibung der neuen Provinzen würde auch den Norden und Süden einander näher bringen.

(Näheres siehe bei Hassel: König Albert von Sachsen als Kronprinz, II. S. 399.)

Ähnlich hieß es auch in einer Mitteilung nach Karlsruhe am 12. September (Busch, Tgb. I. S. 190): „Metz und Straßburg mit unseren Absichten entsprechender Umgebung müssen Vorland, allen gehörig werden. Eine Verteilung an Einzelstaaten empfiehlt sich nicht." — Beide Ziele: Die Sicherung der südwestdeutschen Grenze und die Vollendung der staatlichen Einheit hatte Bismarck ja 1870 stets gleichzeitig im Auge. Wie nun aber fortan auch Preußen nur ein Teil des neuen Deutschlands sein sollte, so sollten auch die neuen Grenzländer ein Teil des großen gemeinsamen Vaterlandes werden. Und auf diese Weise konnte Bismarck ja auch am leichtesten die bayerischen Bestrebungen auf Vergrößerung ihres Gebiets durch französische Landstrecken als ungerecht abweisen. —

War Bismarck so einerseits darauf bedacht, die deutschen Regierungen von vornherein nicht im Zweifel darüber zu lassen, wie er die Zukunft von Elsaß-Lothringen zu gestalten gedachte, so beeilte er sich auch, den auswärtigen Regierungen mitzuteilen, wieviel Land er den Franzosen abnehmen wolle. Durch zwei Rundschreiben vom 13. und 16. September waren die Vertreter des Norddeutschen Bundes im Ausland davon verständigt. War das erste Schreiben noch allgemein gehalten und darin gesagt, daß man danach trachten müsse, „daß wir diese (schutzlose süddeutsche) Grenze und damit den Ausgangspunkt französischer Angriffe weiter zurücklegen und die Festungen, mit denen Frankreich uns bedroht, als defensive Bollwerke in die Gewalt Deutschlands zu bringen suchen", — so hieß es im zweiten Zirkular schon ganz bestimmt: „Die einmütige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes verlangt, daß Deutschland gegen die Be-

drohungen und Vergewaltigungen, welche von allen französischen Regierungen seit Jahrhunderten gegen uns geübt wurden, durch bessere Grenzen als bisher geschützt werde. So lange Frankreich im Besitze von Straßburg und Metz bleibt, ist seine Offensive strategisch stärker als unsere Defensive bezüglich des ganzen Südens und des linksrheinischen Nordens von Deutschland. Straßburg ist, im Besitze Frankreichs, eine stets offene Ausfallpforte gegen Süddeutschland. In deutschem Besitz gewinnen Straßburg und Metz dagegen einen defensiven Charakter; wir sind in mehr als 20 Kriegen niemals die Angreifer gegen Frankreich gewesen." — Die Katastrophe von Sedan, die in den inneren Verhältnissen Frankreichs von tief einschneidender Wirkung gewesen war, hatte an der Fortsetzung des Krieges ebensowenig etwas zu ändern vermocht wie an der Auffassung der neuen republikanischen Regierung über die Integrität Frankreichs. Favres Rundschreiben vom 6. September ließ das deutlich erkennen. Aber auch Bismarck gab demgegenüber zu verstehen, daß er nicht gewillt war, in irgend etwas nachzugeben. Auf die Favreschen Worte: „La république c'est la paix", ließ er durch Busch (Tgb. I. S. 204) in der deutschen Presse sagen: „Allen solchen Vorspiegelungen hat Deutschland das Wort entgegenzusetzen: „La France c'est la guerre!" und dieser Überzeugung gemäß handeln wir, wenn wir die Abtretung von Metz und Straßburg fordern." —

Auch an die Londoner Zeitungen mußte Busch (Tgb. I. S. 224) am 22. September in einer „größtenteils vom Chef diktierten" Abhandlung schreiben: „Aus diesem Geiste der Rachsucht leuchtet die Gewißheit des neuen Angriffs hervor, dem Deutschland ausgesetzt sein wird, und diese Gewißheit zwingt uns, beim Friedensschlusse keinen andern

Gesichtspunkt als den der Befestigung unserer Grenzen zu verfolgen."

Neben Straßburg wird der Name Metz vom Kanzler immer wieder ausdrücklich in seinen Forderungen genannt, und die sich gegen jede Annexion französischen Sprachgebiets richtende „falsche Politik der Kölnerin"*) läßt er nachdrücklich in den deutschen Zeitungen verurteilen. Busch erzählt uns davon in seinen Tagebüchern am 29. und 30. September, wie am 1. Oktober:

„Gegenüber den von französischer Seite andauernd erhobenen Beschuldigungen, daß eine Annexion so großer Gebietsteile die Zerstückelung Frankreichs bedeute, war es für Bismarck ein leichtes, darauf hinzuweisen (Zirkulardepesche vom 1. Oktober), daß die erstrebte Abtretung von Straßburg und Metz in ihrem territorialen Zusammenhange eine Verminderung des französischen Gebiets um einen Flächeninhalt bedinge, welche der Vermehrung desselben durch Nizza und Savoyen ziemlich gleichkommt, die Bevölkerung dieser Landesteile aber um etwa dreiviertel Millionen übertrifft."

Um aber die gewünschten Garantien zu erlangen und mit Frankreich zum Frieden zu kommen, hat Bismarck von vornherein jede sich ihm bietende Möglichkeit benutzt, und so trat er von Mitte September bis Mitte Oktober auch mit Beauftragten Napoleons darüber in Verhandlung. Über die Einzelheiten dieser Verhandlungen sind wir indessen bis heute gerade so sehr in Unkenntnis, wie es sich schwer feststellen läßt, inwieweit Bismarck die Angelegenheit wirklich ernst genommen hat. — Auch die sich anschließenden Unterredungen mit Thiers endigten ja ebenso

*) Gemeint ist die „Kölnische Zeitung". Siehe darüber ausführlich Seite 69.

resultatlos. Die bei diesem Meinungsaustausch zum erstenmal von Bismarck eingeräumte Möglichkeit eines Verzichts auf Metz, falls man sich französischerseits dazu verstände, sofort Frieden zu schließen, erledigte sich durch den Abbruch der Verhandlungen dann ja von selbst.

§ 2.

Die Annexionsfrage in den ersten Kriegswochen.

Als nach Bekanntwerden der französischen Kriegserklärung der deutsche Nationalstolz hell auflohderte, da griff man in der Doppelhoffnung zum Schwert, daß es nach Besiegung des „Erbfeindes" kein Nord- und Süddeutschland mehr geben dürfe, und fortan der deutsche Soldat auf den Wällen von Straßburg und Metz die Grenzwacht halten müßte.

Wohl hatte schon in den Jahren vorher der Drang nach nationaler Einheit nie geruht, aber die Forderung nach den deutschen Grenzlanden, um die man 1815 schmählich betrogen war, war beinahe in Vergessenheit geraten. Man hatte in all den Kämpfen im Innern die Stammesbrüder zwischen Rhein und Vogesen vergessen; und die Franzosen selbst waren es, die durch ihre Eroberungsgelüste den Deutschen die Worte Schenkendorfs wieder in den Sinn rufen sollten:

„Doch dort, an den Vogesen,
Da liegt verlornes Gut;
Da gilt es, deutsches Blut
Vom Höllenjoch zu lösen."

So rüstete man sich zum Kampfe, und gar bald sollte Frankreich erfahren, „daß nicht Deutschland allein in diesem Völkerstreite einen Einsatz zu leisten hatte. Auch Frankreich hatte etwas zu verlieren". (Jacob.)

Noch vor Ausbruch der Katastrophe, als schon die Verhandlungen mit Frankreich sich dramatisch zuspitzten, schrieb die „Berliner Börsenzeitung" am 13. Juli (Jacob*) meint auf Bismarcks Inspirierung): „Noch hat kein deutsches Blatt die Kriegseventualitäten erwogen, noch ist der Name von Elsaß und Lothringen nicht ausgesprochen, während es doch sicher nach einem siegreichen Feldzuge gegen Frankreich keinem Deutschen als möglich erscheinen würde, Straßburg noch eine französische Stadt bleiben zu lassen."

Bald stimmen andere Blätter denselben Ton an, und Marcards Schrift: „Das schwarze Buch von Frankreich", die noch im Juli erschien, fordert: „Fällt aber uns der Sieg zu, ein Sieg, bei dem kein Fremder mitzusprechen hat, so müssen wir auch von Frankreich seinen Einsatz fordern, und dieser Einsatz lautet: „Elsaß und Deutsch-Lothringen mit Thionville (Diedenhofen) und Metz." — Heinrich von Treitschke aber schreibt am 3. August von Heidelberg aus die Worte (P. J. XXVI. S. 248): „Wir

*) Mir kommt diese Vermutung Jacobs nicht wahrscheinlich vor. Was mich am meisten in meiner Ansicht bestärkt, ist der Umstand, daß M. Busch, durch dessen Hand doch fast sämtliche Mitteilungen Bismarcks an die Presse gingen, noch am 11. August (Busch, Tgb. I. S. 60) schreibt: „Das sah ja wie das Aufdämmern eines Wunders aus. Straßburg! Vielleicht die Vogesengrenze! Wer hätte sich vor 3 Wochen davon auch nur träumen lassen?" — Busch scheint vorher doch also noch nichts von derartigen Ansichten des Kanzlers erfahren zu haben. — Als besonderes Moment kommt noch hinzu, daß Busch am 9. und 10. Juli (Siehe Tgb. I. S. 35 und 38) Entwürfe zu Zeitungsartikeln vom Chef erhalten hatte. Das könnte zeitlich sehr gut für den betreffenden Artikel in der „B. B.-Z." passen, und es wäre nicht recht verständlich, warum nicht Bismarck hier auch von einem Einsatz Frankreichs gesprochen haben sollte. Da aber in den Angaben Busch's gar nichts derartiges erwähnt wird, so erscheint mir sehr zweifelhaft, ob der fragliche Artikel von Bismarck angeregt ist.

aber beginnen diesen Krieg in dem Glauben, daß er gar nicht anders enden darf, denn mit einem Siege Deutschlands und mit dem Entschlusse, die ungeheure Sündenrechnung, die seit dem Raube der lothringischen Stifter aufgelaufen, ganz und für immer auszugleichen." — Aber solch entschiedene Worte sind in den Juliwochen und den ersten Augusttagen in der norddeutschen Presse doch noch selten. Der Ernst des Krieges und die Sorge vor einem Einfall der Franzosen in Süddeutschland drückt die Gemüter in bange Erwartung. Da ist es denn die Poesie, die den Bann des Schweigens bricht und das wieder zurückfordert, was in schwacher Stunde dem Deutschen Reich entfremdet war. — Feurig und kampfesmutig ruft H. v. Treitschke schon am 25. Juli den ausziehenden Kriegern zu:

„Holt uns wieder Straßburgs Dom
Und befreit den deutschen Strom!"

Und als die Schlachten von Weißenburg und Wörth geschlagen sind, da dürfe, meint ein Leser der „Kreuzztg." (17. August), es fortan keine Rheinwacht mehr geben, die Vorposten müßten weiter nach Frankreich hinein:

„Nicht mehr die Wacht am Rhein.
Das soll die Losung sein:
Und wer blasen kann, blas
Das neue Stück: W a c h t a n d e r M a a s."

Während dann in der Nähe der Wälle Straßburgs die ersten Toten in der blutgetränkten Erde gebettet werden, singt R. O. („Kreuzztg." 13. August) sein „Neues Lied nach alter Melodie":

„... O Straßburg, o Straßburg, verlorner Edelstein,
Du bist einst deutsch gewesen, deutsch sollst du wieder sein."

Und in Wilhelm Jensens „Verschollener Erbschaft“ („Nat.-Ztg.“ 20. August) heißt es:

„... Stoß in dein Horn nun, Schwager!
Wir rüsten zur Erbschaftsfahrt
Nach Nanzig und Diedenhofen,
Saargmünd und Mömpelgard.“

Am 23. August erhebt Alfred Meißner in der „K. Z.“ seine Stimme zu einem markigen Kriegslied, das den Titel führt: „Vor der Entscheidung“ und mit den Versen schließt:

„Wenn sie wieder Trauben lesen,
Wird das Reich beisammen sein.
Deutsch muß sein, was deutsch gewesen,
Grenze werden die Vogesen,
Wieder zwischen deutschen Marken
Stark und ruhig fließt der Rhein.“

* * *

Bald verdichten sich diese Stimmen zu positiven Forderungen, und besonders unter dem Eindruck der erfolgreichen, aber blutigen Schlachten bei Metz wird der Ruf nach besser gesicherten Grenzen immer stärker und allgemeiner. Am 20. August schreibt Forckenbeck an Lasker („D. Revue 17. II. S. 61): „Ist das Ereignis des 18. August so gewaltig wie es erscheint, nun, dann wird vielleicht sehr bald Elsaß-Lothringen oder doch ein Teil des letzteren zu Deutschland definitiv gehören und die Frage entschieden sein, die jetzt quält.“

In der ersten Hälfte des Septembers beschäftigt sich dann die öffentliche Meinung so lebhaft mit der Annexionsfrage, daß die Gedanken über die Reichsgründung in diesen Tagen sogar in den Hintergrund treten. Als

charakteristischen Artikel für diese Zeit erwähne ich den Leitartikel der „Nat.-Ztg." vom 24. September, wo es heißt: „Aber sofort zeigt sich hier auch (bei der Einheitsfrage), daß es zu allererst gilt, den Krieg zu einem glücklichen Ende wirklich durchzuführen. Das glückliche Ende des Krieges wird erst den Beweis liefern von dem Werte der deutschen Einheit. Sobald wir uns (nach der Möglichkeit) gegen Frankreich sicher gestellt, sobald wir die deutsche Westgrenze vorgerückt und gestärkt haben werden, kein Zweifel, daß sodann ein Hochgefühl alle Süddeutschen durchdringen wird, dessen Wärme unmittelbar den Wunsch erzeugt, mit vereinten Kräften die Grenzen gegen Frankreich immerdar zu behaupten, die mit vereinten Kräften erstritten worden. Umgekehrt, wenn selbst dieser allgemeine Aufschwung von 1870 nicht vermögend wäre, das geraubte deutsche Land links vom Rhein zu Deutschland zurückzubringen, so würden die Höfe und das Volk südlich vom Main keine große Meinung fassen vom Nordbunde, würden nicht aufhören, die französische Nachbarschaft zu fürchten, und mit einer großen Enttäuschung und Verstimmung würde der Krieg ausgehen. Das Nächste, was getan sein will, ist folglich dessen sieghafte Vollendung; es gibt keine deutsche Einheit ohne sie: nach ihr ist sie gesichert."

Diese Worte der „Nat.-Ztg." sind ein lebendiger Ausdruck der Sehnsucht, die das deutsche Volk nach dem „verlornen Gut" an den Vogesen empfand.

Ehe ich nun dazu übergehe und eine Darstellung der Wünsche bezüglich Elsaß-Lothringens nach dem Grade der Forderungen geben werde, mögen hier — gleichsam als Überleitung — noch zwei Schriftstücke ihren Platz finden, die zwar allgemein gehalten sind, aber für die Stimmung des Südens, die in meiner Arbeit ja nur neben-

her berücksichtigt wird, so charakteristisch erscheinen, daß sie wohl verdienen, hier ungekürzt wiedergegeben zu werden.

Das eine Blatt ist ein Aufruf, datiert Darmstadt, den 27. August, und zuerst in der „Mainztg." veröffentlicht.*)

Er lautet:

An die Rheinländer und Hessen!

„Es ist kein Zweifel mehr, die Mächte, die Deutschland schon 1815 um die Früchte seines Sieges betrogen haben, sind wieder am Werk. Das kostbarste Blut soll wieder umsonst geflossen sein, mit einem Stück Geld sollen wir nach Hause geschickt werden; unsere Grenzen sollen vor wie nach offen bleiben, damit die Franzosen, wenn sie sich von ihren Niederlagen erholt und ihre Rüstungen verstärkt haben, um so leichter ihre Rache für den verlornen Raubkrieg vom Jahre 1870 nehmen können! Sollen wir mitten im Siege noch der Hohn und Spott aller Völker sein? Tretet überall zusammen, deutsche Männer, und erklärt feierlich, daß der freventlich über uns gebrachte Krieg nun auch ausgekämpft werden soll, damit wir dem Feinde den Stachel nehmen, mit dem er uns in der Seite sitzt, damit wir eine gesicherte und geschirmte Grenze und einen gefesteten Frieden unseren Kindern hinterlassen. Wie! Wir hätten die Möglichkeit gefunden, uns wenigstens nach einer Seite hin mit einem festen, ehernen Ring zu umfassen und sollten die kostbare Gelegenheit, die wir bei dem Haar erfaßt, wieder fahren und unser Land fortdauernd, wie liederliche Wirte ihr Haus offen und unbewehrt lassen, daß nach Willkür die Feinde herübertreten und uns zertreten und bestehlen mögen!? Es würde ewig

*) Der hier gegebene Abdruck stammt aus der „Nat.-Ztg." vom 28. August.

unglaublich bleiben, auch wenn es schon Jahrhunderte gewesen wäre und bestanden hätte! Ihr schönen Rheinlande, Eure Sicherheit und das Heil der deutschen Stämme, die Euch bewohnen, wäre traurig dahingegeben. Ihr wäret die ersten bedauernswürdigen Opfer eines solchen Betruges und die erste sichere Beute des schlauen Feindes, der mitten in seiner tiefsten Erniedrigung und seiner härtesten Unglückszeit den schönsten Sieg errungen."

„Von 1814 und 1815 her tönt dieser Nachruf, es sind die Worte von Görres, die wir hier wiederholen. Ihr Rheinländer, laßt sie diesmal nicht vergeblich an Euer Ohr tönen, bedenkt die ungeheuere Gefahr, der Ihr kaum entgangen seid. Erklärt es laut vor ganz Deutschland, daß es um Eurer Sicherheit willen ist, daß die Franzosen vom Rhein verjagt und Deutschland in den Schutz der Vogesenkette gelegt werden muß!"

„Aber sprecht, rührt Euch, Landsleute, Ihr seid in erster Linie beteiligt, von Euch muß das erste Wort ergehen. Dem Ruf vom Rhein wird das Echo an Donau, Weichsel, Elbe und Weser nicht fehlen. So ruft es in tausend und abertausend Stimmen in alle deutsche Lande:
Elsaß und Lothringen für Deutschland!
Ohne Elsaß und Lothringen kein Friede!"

Das zweite Schriftstück ist ein Privatbrief „von einem in Württemberg hoch angesehenen und einflußreichen Schulmanne", am 13. September in der „Nat.-Ztg." veröffentlicht. Es ist drei Tage später geschrieben als der Darmstädter Aufruf (30. August) und beginnt:

„Lieber Freund!

Wir feiern den Sieg unserer Heere bei Metz. Gott sei Dank, daß wir so weit sind! Ich habe jetzt nur noch einen Wunsch: daß die Schlange des Bruderhasses, welche seit

1866 unter uns Süddeutschen großgezogen worden und all unser Leben vergiftet und zerfleischt hat, und jetzt endlich zertretenen Kopfes am Boden liegt, über der Frage nach der Form des neuen Deutschen Reiches, nach der Art der Mainüberbrückung nicht hinterher doch wieder auflebt. Und dazu müßt eben auch Ihr im Norden uns beistehen. Es ist ein ernstes Wort, was letzthin ein stockkatholischer und stockbayrischer Abgeordneter öffentlich ausgesprochen: „Wer uns Elsaß und Lothringen wieder zum Deutschen Reiche erobert, der soll Deutscher Kaiser sein!"

Das ist der Notschrei aus dem Herzen, das Euch vier Jahre lang gegrollt hat. Der Verlust Deutsch-Österreichs ist dem Süddeutschen, dem noch die Rippen bluteten über die herrlichen Glieder, welche der Erbfeind im Westen uns vom Leibe gerissen, weit näher gegangen, als Euch im Norden, und unser National- und Vaterlandsgefühl verlangt eine Sühne vom neuen, Deutschen Reich. Wollte doch Gott, daß der Norden hierüber sich nicht täuscht! Du weißt, daß ich nicht zur Partei der Schmollenden, Grollenden, Hassenden und Hetzenden gehörte, ich habe die Werke des Bruderhasses mit Schmerz verfolgt und mit Grimm verdammt, wo sie mir in den Weg traten. Aber als Süddeutscher, als Schwabe, als württembergischer Staatsdiener, der seine Leute kennt und streng zu beobachten pflegt, fühlte ich auch stets voll die bessere, wenn auch tief verborgene Seite dieses Bruderhasses — es ist der untilgbare, fortnagende Schmerz über die Jahrhunderte hindurch fortgesetzte Beraubung unseres nächsten, vaterländischen nationalen Besitzstandes. Das neue Deutsche Reich des Jahres 1866, neu mit einem neuen, gleichgroßen Verluste im Südosten, dessen wir uns bisher sicher gefühlt, war dem schlichten, ohnehin empfindlichen Volksgefühl hier im Süden eine herbe Zumutung; so haben denn die

meisten sich von ihm abgewandt als einem Greuel; und die Dunkelmänner, welche ohnehin niemals deutsch gefühlt, hatten leichtes Spiel, das Volk gegen Euch zu treiben. Jetzt aber hat die Stunde der Sühne geschlagen; schafft uns Elsaß und Lothringen, und wir vergeben Euch den vorläufigen Verlust Deutsch-Österreichs, das nun einmal Fleisch von unserem Fleisch, Blut von unserem Blute, und uns tief ins Herz gewachsen. Das Otterngezüchte, das überhaupt kein Vaterland kennt, wird sich verkriechen in seine Höhlen auf Nimmerwiedersehen, und die Frage nach der Form des neuen Deutschen Reiches, der Akt dauernden Bundes zwischen Nord- und Süddeutschland wird uns einig finden. Ich komme heute zu dir nur mit diesem Ruf aus tief bewegtem Herzen; trage ihn weiter, wohin du vermagst; gebe ihm Nachdruck auf jede Weise. Wie soll dann jemals der Franzmann mit seinen Rheingelüsten uns Ruhe gebieten an unserer Seite, wenn wir jetzt nicht seinen ganzen Raub ihm entreißen und ein für allemal feste Macht aufpflanzen auf jenem Grenzwall des Ardennenwaldes, den wir hier im Süden nie vergessen haben? Lebe wohl! Auf Wiedersehen im neuen Deutschen Reich! Gott mit uns!"

§ 3.

Forderung einer militärisch brauchbaren Grenze ohne Rücksicht auf das in den zu annektierenden Ländern erhaltene Deutschtum.

Als nach den ersten allgemeinen Kundgebungen (cf. § 2) im August des Jahres 1870 die Rückerwerbung Elsaß-Lothringens von immer größeren Massen der Bevölkerung gefordert wurde, da waren sogleich alle ernsthaften Politiker der Ansicht, daß dieses Verlangen gerecht-

fertigt sei und Unterstützung verdiene. — Über die andere Frage jedoch: Wieviel man fordern solle, herrschte noch die größte Meinungsverschiedenheit. Alsbald entspann sich darüber — wie im folgenden gezeigt werden wird — eine heftige, wochenlange Fehde, die in Tageszeitungen und Broschüren lebendig zum Ausdruck kam.

Betrachten wir zuerst nun diejenigen, die bei der Formulierung ihrer Wünsche nichts anderes als die Schaffung einer militärisch brauchbaren Grenze im Auge haben.

* * *

Wenn es vorzugsweise Offiziere sind, die ohne Rücksicht auf historisches Anrecht oder den deutschen Charakter des Landes und unbekümmert um den möglichen Einspruch neutraler Mächte dort die Grenzpfähle einschlagen wollen, wo es ihnen nützlich oder notwendig erscheint: Grenzen z. T. doch mitten im französischen Gebiet, so spiegelt sich darin einmal das Empfinden des Siegers wieder, der die Früchte seines Erfolges auf dem Schlachtfelde voll genießen möchte, vor allem aber doch wohl das Urteil des Fachmannes, der allein an militärische Vorteile denkt. — So meint der kommandierende General des 4. Armeekorps, Generalleutnant von Alvensleben, schon in Commercy am 23. August gelegentlich eines Tischgesprächs bei Bismarck, daß man „das Land bis zur Marne" behalten müsse (Busch, Tgb. I. S. 103), und Roon*) ist der

*) Fast mit genau den gleichen Worten und in demselben Bilde wie Roon am 14. August, schreibt 8 Tage später Blanckenburg an diesen, daß die Rheingelüste der Franzosen fortan besser eingedämmt werden müßten als durch „diese jammervollen Grenzen". Besonders hervorzuheben verdient aus diesem Briefe der Umstand, daß Bl. einer Landverteilung der neuen Erwerbung an die Südstaaten unter der Voraussetzung zustimmt, daß diese „voll und ganz freiwillig eintreten in den neuen Deutschen Bund".

Ansicht (Brief an seine Gemahlin vom 14. August), daß „Störenfriedchen die Nägel und Klauen tüchtig verschnitten werden müssen".

Ausschließlich die strategische Seite der Rückerwerbung von Elsaß und Lothringen beleuchtet auch Franz Maurer in der Schrift: „Deutschlands strategische Grenze gegen Frankreich*). (Hildburghausen 1870. Verlag des Bibl. Instituts.) Sprachliche und nationale Gesichtspunkte kommen für den Verfasser nicht in Betracht. Sein Ziel ist, „die deutsche Grenze so zu regulieren, daß Frankreich von vornherein beim Ausbruch eines Krieges im größten Nachteile gegen uns ist, denn nur dadurch können wir uns Ruhe sichern". Elsaß allein kann uns das nicht gewähren, auch die Mosel-Linie genügt noch nicht; denn sie ist einmal noch zu weit von Paris, und dann fehlt ihr auch der deckende Vorhang eines Gebirges, der hingegen dem Feinde zugute kommt. Einen wirklich strategischen Nachteil erleidet Frankreich erst, wenn die Doppelkette des Argonnerwaldes in die deutsche Grenze hineingezogen würde, und so legt Maurer denn die letztere in ziemlich gerader Linie von Sedan über La Chêne, St. Menehould, Neufchâteau, Plombières, Montbeliard den Glonbach hinauf bis an die schweizer Grenze. Damit wäre nach Ansicht des Verfassers dann eine Grenze geschaffen, die, obgleich an einigen Punkten die alte lothringische Grenze überschreitend, doch unsere Flanke völlig sicherte, und „das gäbe endlich eine zusammenhängende Front, die durch keine Schwenkung im Vorrücken gegen Paris verändert zu werden brauchte".

*) Die Arbeit ist — wie mir der Verlag gütigst mitteilt — ursprünglich in den „Ergänzungsblättern zur Kenntnis der Gegenwart" (1870) erschienen. Der Verfasser lebte in Berlin. Über seine weiteren Schicksale war nichts in Erfahrung zu bringen.

Recht dringend und nachdrücklich empfiehlt auch Wolfgang Menzel*) in dem Buche: „Elsaß und Lothringen sind und bleiben unser" (Stuttgart 1870 bei A. Kröner) eine Verkleinerung Frankreichs. „Nach dem Recht des Stärkeren, nach dem Eroberungsrecht, nach dem Wiedervergeltungsrecht, nach dem natürlichen Recht der Stammesgenossen einer und derselben Nation, endlich nach dem Recht, sich besser als bisher gegen einen bösen Nachbar zu schützen", — fordert Menzel diese Grenzländer zurück. Eine genaue Scheidelinie wird nicht vorgeschlagen. „Moltkes Genie muß die militärisch wichtige Verteidigungslinie auf der französischen Landkarte ziehen." Aber eine Schonung Frankreichs kennt der Verfasser nicht. „Es gibt kein anderes Mittel, Deutschland vor diesem bösen Nachbar zu schützen, als ihn gänzlich zu entkräften, ihm das Instrument, womit er sündigt, vom Leibe zu schneiden. Frankreich muß verkleinert werden." — So lauten die rücksichtslosen Forderungen. Bis dann eine Reichsverfassung fertig ist, die bei Wahrung der militärischen und diplomatischen Einheit den berechtigten Sondereigentümlichkeiten der einzelnen Stämme und Stände gerecht wird, sollen Elsaß und Lothringen unter preußische Verwaltung gestellt werden. Da der Verfasser sowohl der Gründung eines neuen Kleinstaates als auch eine Verteilung der neuen Westmarken verwirft, so liegt die Vermutung nahe, daß Menzel an eine Art Reichsland gedacht hat. —

Einen ganz eigenartigen Charakter zeigt das Buch von Dr Carl Rohrbach**): „Wofür wir kämpfen". (Gotha bei Windaus, 1. August 1870.)

*) Geb. 1798 zu Waldenburg (Schlesien). Von 1825 an lebte er als Schriftsteller und Kritiker in Stuttgart, wo er 1873 starb.

**) Geb. 1824 in Cassel, lernte in Göttingen als Lithograph und besuchte dann in Berlin das von Diesterweg geleitete Seminar

Wenn man die Literatur nennt, die die begeisterte und erhabene Stimmung wiederspiegelt, die Deutschland während des Feldzuges von 1870 beseelte und die heiligen Wünsche offenbart, mit denen es in den Krieg zog, dann darf wohl auch diese Schrift von Rohrbach nicht unerwähnt gelassen werden.

Schon die Einleitung zu der 52 Seiten starken Broschüre ist so eigenartig, daß sie wohl unverkürzt hier wieder gegeben werden darf: „Der Krieg ist endlich da!" — so beginnt das Buch — „Endlich, endlich! Lange ersehnt von allen Deutschen, die noch ein Herz für des Volkes wahre Wohlfahrt in der Brust tragen; lange erwartet von Jahr zu Jahr, seit zwei Jahrzehnten. Denn einmal mußte doch Abrechnung gehalten werden zwischen Germanen und Romanen, einmal zwischen Wahrheit und Lüge, einmal zwischen Geistesfreiheit und Geistesknechtschaft. Je länger sich der Tag der Entscheidung hinausschob, um so schneidender wurden die Gegensätze, um so heftiger die Erbitterung, um so mächtiger das Gift, das uns das Mark in den Knochen zerfraß. Dank dem Himmel, daß endlich die Stunde der Heilung geschlagen! Seitdem der Neffe Napoleons I. auf dem Throne von Frankreich saß, war Europa in fieberhafter Unruhe. Alles rüstete, um nicht unvorbereitet von ihm überfallen zu werden. Die Mordwerkzeuge wurden bis ins Ungeheure vervollkommnet; in England überboten sich Kriegsministerium und Admiralität in Erfindung

---

für Stadtschulen. Zuerst unterrichtete er an der Schule der Dreifaltigkeitskirche, darauf lange Jahre an verschiedenen Privat-Töchterschulen Berlins, während er zugleich an der Universität Vorlesungen hörte. 1852 promovierte er und unternahm dann längere Reisen ins Ausland. 1860 siedelte er nach seiner Verheiratung mit Ernestine Rondel nach Gotha über, wo er sich hauptsächlich literarischen Arbeiten widmete und am 10. November 1889 starb.

von Panzern und Geschossen; das Geld des Volkes schien überall nur noch vorhanden zu sein, um Kriegsmaterial zu schaffen. — Krieg und wieder Krieg war der Odem des Windes; dies Wort lag überall in Europa in der Luft; das friedlichste Volk der Erde, die Deutschen, mußte immer besorgt bei seiner Arbeit stehen, die eine Hand am Schwert, während die andere Pflug oder Werkzeug führte. War das ein Frieden? Nein! Das war weit schlimmer als Krieg. Lieber einmal einen heißen Tag von früh bis spät arbeiten und alles dransetzen, als eine Woche lang Tag und Nacht auf der Wache stehen und nie die Augen schließen. Ersteres hält ein jeder aus, letzteres keiner! So mag er denn kommen, der heiße Tag: wir fürchten ihn nicht. Die Völker können nicht am grünen Tisch vor dem Richter zusammenkommen, um da ihr Recht zu empfangen; sie müssen sich auf dem grünen Feld der Schlacht begegnen, um von dem großen Richter der Welt ihr Urteil zu nehmen. Wir getrösten uns seines Spruchs." — Zwölf Punkte sind es, die Rohrbach dann anführt, „wofür wir kämpfen".*)

An dieser Stelle interessiert uns davon nur der erste. — Um „einen wahrhaftigen Frieden" zu erlangen, in dem Deutschland ohne stete Kriegsbereitschaft „ruhig wachsen und gedeihen" könnte, da, meint Rohrbach, wäre es endlich an der Zeit, Frankreich „die Flügel so zu beschneiden, daß der Hahn sein eitles Krähen einstellt und sich um seinen

*) Wofür wir kämpfen? 1. Für einen wahrhaftigen Frieden. 2. Für ein einiges Deutschland. 3. Für Befreiung vom Steuerdruck. 4. Für bessere Jugendbildung, bessere Schulen. 5. Für eine friedliche Lösung der sogenannten sozialen Frage. 6. Für Selbstachtung der Deutschen. 7. Für Befreiung unserer Sprache. 8. Für deutsche Sitte, deutsches Wesen, deutsche Züchtigkeit. 9. Für Aufrichtung und Kräftigung des Familienlebens. 10. Für den Sieg der Wahrheit. 11. Für Belebung der Religiosität. 12. Für das Aufleben der wahren Kunst.

Hühnerhof bekümmert". Vor allem wäre darauf Bedacht zu nehmen, daß man die Grenzfrage regele, bevor man Frankreich einen König gäbe. „Soll etwa ein Orleans den Thron von Frankreich besteigen, so muß sein Reich zuvor schon festgestellt sein, und will er das verkleinerte Frankreich nicht regieren, so kann er es bleiben lassen; es wird sich schon einer finden, der sich bereit erklärt. Für uns muß nur das eine feststehen, daß Frankreich in seinen bisherigen Grenzen nicht belassen werden kann; sonst haben wir in aller Ewigkeit keine Ruhe vor ihm, es mag da auf dem Thron sitzen, wer will." — Diesen Grenzschutz könnten nach Ansicht des Verfassers Elsaß und Lothringen wohl gewähren. Doch rät er, sich nicht damit zu begnügen, sondern auch noch die Freigrafschaft hinzuzunehmen. „Es wäre doch sehr zu überlegen, ob es nicht geraten sei, auch dieses Gebiet von Frankreich abzutrennen, wenngleich wir keine so frischen Ansprüche darauf haben wie auf Lothringen und Elsaß. Wenn wir dem gallischen Hahn nicht einen ganzen Flügel abnehmen, läßt er seinen Schnabel nicht ruhen. Der Schnitt der Abtrennung ginge also von Sedan bis Genf in fast gerader Linie. Nur frisch herunter damit!" — Aber kein neues Fürstentum soll aus Lothringen und der Freigrafschaft*) geschaffen werden. „Nur ein großer Staat, also Preußen selbst, bietet hier Sicherheit als Grenzbewohner. An seiner Kraft prallen alle Pfeile und Listen des Gegners ab, und Preußen kann aus seinem großen Hinterlande

*) Elsaß scheint der Verfasser an Baden übergeben wissen zu wollen. Jedenfalls spricht er hier im Schlußsatz nur von Lothringen und der Freigrafschaft, und schon auf Seite 6, wo R. über den Raub des Elsaß spricht, schreibt er: „Baden, das treue, tapfere Baden, würde durch „Zugabe von Elsaß nur noch stärker und fester als Grenzwächter".

viele Elemente aufbieten, um den germanischen Sinn der neuen Provinzen zu wecken und heranzubilden." —

Obwohl die Schrift schon am 1. August erschienen ist, so ahnt der Verfasser doch schon, daß nach unseren Siegen die neutralen Mächte uns unsere Erfolge nicht gönnen und die Annexionen zu hintertreiben versuchen würden. „Freilich werden sie kommen," ruft Rohrbach, „sobald wir mit Gottes Hülfe gesiegt haben; sie werden kommen und einreden, und Kongresse abhalten wollen. Da kommt Österreich und will alte Ansprüche erheben; da kommt England und weiß vieles zu sagen, wie es sein müßte; da kommt Rußland, und alle werden Deutschland nicht gönnen, daß es größer und mächtiger werde. Aber, du ehrlicher Deutscher! sei kein Michel mehr! laß dir nicht mit glatten Redensarten abschwatzen, was du mit dem besten Blute deiner Söhne bezahlt hast! laß dir auch nichts durch Drohungen abtrotzen, es rührt dich keiner an! Sie wissen, daß mit dem Deutschen, wenn er gerüstet ist, niemand wagen darf anzubinden! Deutsche Hiebe: weiter hast du den Drängern nichts zu geben." —

Große Wünsche hinsichtlich der Einverleibung französischer Gebietsteile, doch nicht ohne Heranziehung des historischen Prinzips, treten uns in einer Schrift Bohlmanns wie auch der „Köln. Volkszeitung" entgegen.

Alles seit dem 16. Jahrhundert von Frankreich okkupierte Land, das bei Mömpelgard und Belfort beginnend und den Lauf der Mosel zunächst wenig überschreitend, dann westwärts von Toul bis an die Maas herangeht, fordert Dr. Otto Bohlmann*) in seinem Buche: „Die Friedensbedingungen und ihre Ver-

*) Über die Persönlichkeit des Verfassers konnte nichts Näheres festgestellt werden.

wertung". (Berlin 1870 bei Schindler.) An einen Einspruch der Mächte bei dieser Annektierung glaubt B. nicht. Allenfalls könnte man ja den Belgiern Französisch-Flandern, der Schweiz Savoyen, und Italien Nizza und Korsika einräumen. Eine Verteilung der eroberten Gebiete an die deutschen Südstaaten weist B. ebensosehr zurück wie deren Überweisung an Preußen. Als „objektives Produkt der hergestellten deutschen Einheit und ein handgreifliches Pfand für deren Dauer" sollen diese Provinzen unmittelbar dem Reiche gehören, und das Reichsoberhaupt soll hier dieselbe Stelle einnehmen wie als Bundespräsidium im jetzigen Norddeutschland. —

Die „Kölnische Volkszeitung", von der Ansicht geleitet, daß sich die deutsche Volks- und Sprachgrenze bis an die Mosel und Maas „wunderbar erhalten habe", greift in ihren Forderungen auf den gerade vor 1000 Jahren abgeschlossenen Mersener Vertrag zurück. Von Sedan, an der Maas und später an der Mosel entlang soll die Grenze über den wälschen Belchen nach Basel führen. — Aber „ein neuer Fetzen", etwa ein deutsches Vorland, darf aus diesen Gebieten nicht gemacht werden, und als treue Vorkämpferin der partikularistischen Interessen des Südens weist sie auch eine einseitige Zuweisung des Gebietes an Preußen zurück. „Es würde doch das wache partikularistische Gefühl verletzen, wenn nicht die Südstaaten bei diesem welthistorischen Akte eine Gebietserweiterung erhalten sollten." Um aber beide (Norden und Süden) zu befriedigen, macht sie dann den seltsamen Vorschlag: „Entweder soll Preußen das Ganze annektieren und dann den süddeutschen Staaten eine Gebietserweiterung von dem 1866 erworbenen Terrain geben, oder das Elsaß soll zwischen Bayern und Baden geteilt und Deutsch-

Lothringen*) an Preußen abgetreten werden, wogegen Württemberg anderweitig entschädigt würde." —

Es ist bezeichnend, daß sprachliche Rücksichten bei keinem der in dieser Gruppe angeführten Männer zu finden sind; und bei ihren Forderungen ist wohl anzunehmen, daß sie über das Volkstum des zum größten Teil doch durchaus französischen Lothringens ebenso wenig sich klar geworden sind als über die Stimmung der auswärtigen Kabinette, gegen deren Einmischung Bismarck doch während des ganzen Krieges all seine diplomatischen Künste ausspielen mußte. Nur Roon, der alte Freund des Kanzlers, schreibt am 6. September besorgt, „ob der große Zauberer in dem Dilemma, daß die französische Regierung um ihres Volkes willen keinen Frieden ohne Erhaltung der Integrität des Landes schließen darf, und wir einen solchen der eigenen Sicherheit wegen nicht annehmen können, ein Mittel weiß, um die Fermate zu setzen ohne einen aufgelösten Mißton".

§ 4.

Rückforderung von Elsaß und Deutsch-Lothringen einschließlich Metz und Umgebung.

Die offiziösen Organe reden natürlich ganz in dem Tone Bismarckscher Ideen, wie jener sie durch Busch zuerst in der englischen und dann auch in der deutschen Presse hatte vertreten lassen.**)

*) Der süddeutsche Korrespondent der „Köln. Volksztg." spricht hier (6. Oktober) allerdings nur von „Deutsch-Lothringen". Doch behandelt der Artikel ausschließlich die Art der Einverleibung; die „Köln. Volksztg." selbst hatte am 10. September ausdrücklich die eingangs (S. 32) genannte Grenze gefordert.

**) Siehe darüber ausführlicher § 1, besonders auch die „Tagebuchblätter" von M. Busch Bd. 1 S. 95.

So schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ am 31. August: ... „Die Vergangenheit wie die Gegenwart Frankreichs verbieten einen Friedensschluß ohne materielle Garantien des Friedens. Durch den Charakter der französischen Nation sind uns diese Garantien aufgenötigt; und da sie uns aufgenötigt sind, so will das deutsche Volk sie in jenen Landesteilen finden, welche Deutschland geraubt sind. Die Wünsche des deutschen Volkes finden gegenwärtig ihre Grenzen an der alten Grenze zwischen Frankreich und Deutschland.“ — Die „Nat.-Ztg.“ meint zu diesem Aufsatze der „N. A. Z.“ am 2. September: „Es würde diese Grenzregulierung nur dem entsprechen, was überall in Deutschland als zum Schutze Deutschlands unerläßlich bezeichnet wird.“ — Am 2. September*) steht dann an der Spitze der „N. A. Z.“ der von Busch am 28. August in Clermont verfaßte Artikel, wie er ihn im ersten Bande seiner Tagebuchblätter auf Seite 122 ff. mitteilt. Die Bedeutung dieser von Bismarck selbst „sanktionierten“ Worte liegt darin, daß hier zum erstenmal in der deutschen halbamtlichen Presse die Namen Straßburg und Metz ausgesprochen werden: Namen, die alsbald die gesamten Blätter in ihre Spalten aufnahmen.

Die „Spenersche Zeitung“ sekundiert getreulich der „N. A. Z.“. Aber der sachlich kühle Ton, der bei der „N. A. Z.“ an die amtlichen Quellen erinnert, macht hier (bei der „Spen. Ztg.“) wärmeren, dringend mahnenden Worten Platz. Der Aufsatz: „Süddeutschland und die deutsche Grenzberichtigung“ (1. September) gipfelt in der Forderung: „Vor allem um Süddeutschlands willen dürfen die Miseren, unter denen das ganze Vater-

*) Irrtümlich meint Jacob (Seite 36 des erwähnten Buches), daß der Artikel schon am 31. August abgedruckt sei.

land seit Jahrhunderten gelitten, nicht wiederkehren. Vor allem um Süddeutschlands willen, daß es ernstlich zu Deutschland gehöre, daß es unverrückt seinen Blick auf das einzige und große Interesse des ganzen Vaterlandes heften könne, daß es keiner Schmeichelei und Drohung vom Westen weichen dürfe, bedarf es einer Grenzberichtigung auf Kosten Frankreichs."

Ein neues Moment, das die „N. A. Z." vermissen ließ, tritt hier hinzu: Es ist die Bedeutung gesicherter Grenzen im Süden und Westen für das Zustandekommen und die Standhaftigkeit des neuen deutschen Vaterlandes. Der Leitartikel vom 25. September führt das noch weiter aus und mahnt: „Die Einheit Deutschlands geht aus diesen Kämpfen als ein wohl verbürgtes Ergebnis nur dann hervor, wenn unsere Grenzen vorgerückt und gesichert werden... Nach einer erfolgreichen Schlacht [der Franzosen] wäre der deutsche Gesamtbund trotz aller seiner Paragraphen gesprengt, Süddeutschland müßte sich zur Neutralität oder gar zur Heeresfolge für Frankreich bequemen. Wie heute die Grenzen gezogen sind, liegt Süddeutschland unter den Fängen des Panthers." — Zwei Tage später greift die „Spen. Ztg." denselben Gedanken dann noch einmal auf und fordert „die Erwerbung einer sicheren und sichernden Grenze an den Vogesen". Aber der Vorschlag Treitschkes, diese neuen Lande zu Preußen zu schlagen, gefällt ihr nicht. Wie sie schon früher immer in warmen Worten die Notwendigkeit der Einigung betont hat, so soll nun auch der Besitz dieser neuen Provinzen ein neues Land der Einheit werden, „die gemeinsame Bürgschaft des ewigen Bundes zwischen dem Norden und dem Süden". Elsaß und Lothringen sollen „als deutsche Reichslande von Gesamt-Deutschland erworben und besessen werden". — So steht denn die „Spen. Ztg." den Gedanken

und Absichten Bismarcks sehr nahe, ebenso wie in diesem Punkte die „Neue Preuß. (Kreuz-) Zeitung".

Geht sie in der Verfassungsfrage auch eigene Wege, so vertritt sie in der Annexionsfrage doch dieselben Anschauungen wie das Hauptquartier, und es scheint fast, als ob sie im Laufe des Krieges auch Fühlung mit ihm bekommen habe. Die Art und Weise, wie sie (die „Kreuz-Ztg.") eine ihrer ersten Forderungen später modifiziert, scheint m. E. diese Vermutung zu rechtfertigen. Während sie nämlich am 8. September schreibt: „Die gegenwärtige Sprachgrenze [des Elsaß] würde schlecht zu einer politischen, noch schlechter aber zu einer strategischen Grenze sich eignen", und ohne Thionville, Metz, Nancy und Lunéville würde das gegenwärtige Deutsch-Lothringen eine sehr unbedeutende und eine sehr unsicher begrenzte Erwerbung sein", so redet sie nach Bekanntwerden der Bismarckschen Noten aus Reims und Meaux vom 13. und 16. September nur noch im Ton dieser Zirkular-Depeschen. „Materielle Garantien durch Straßburg und Metz, diese Ausfalltore französischer Raubzüge", das sind die Redewendungen, die von nun an in ihren Leitartikeln immer wiederkehren. Von Nancy und Lunéville aber wird kein Wort mehr gesprochen. —

Auffallend ist es, daß die „Kreuz-Ztg." über die Zuweisung der neuen Provinzen gar nichts erwähnt, obwohl sie in den Beilagen ihre Leser über diesen Punkt zu Worte kommen läßt. Als die Anschauungen der Redaktion können diese Meinungen freilich nicht gelten, da sie von vornherein bemerkt, daß sie sich mit diesen Forderungen, bei denen „die Feder der Herren Einsender doch mehr durch die Phantasie scheint beeinflußt worden zu sein", nicht solidarisch erklärt. Um aber die rege Anteilnahme des deutschen Volkes an dieser großen Frage zu zeigen, mögen

doch kurz einige derartige Abhandlungen hier erwähnt werden. —

Der nicht genannte Verfasser des Aufsatzes: „Die Grundlagen des Friedens" (10. September) fordert die Schleifung von Metz und den Verzicht auf Lothringen, da ihm eine natürliche Grenzscheide wie die Vogesen fehle. Das „alte Elsaß" (Haut und Bas Rhin) soll Baden gegeben werden und dieses dafür sein pfälzisches Gebiet nördlich vom Neckar zur Disposition stellen. —

Ein Einsender aus Württemberg (W—r) sagt, man sei sich dort längst im reinen darüber, daß die deutschen Armeen künftig an der oberen Saar und Mosel stehen müßten. „Wir brauchen weiter nichts hier im Süden als Schutz, und den kann uns Preußen künftig am allerbesten dann gewähren, wenn die deutsche Nation einmütig und neidlos ihren Landgewinn in die Hände des deutschen Oberfeldherrn niederlegt..... Preußen soll geographisch zwischen uns und Frankreich stehen." —

Der Verfasser von: „Was soll aus Elsaß-Lothringen werden?" (Kreuz-Ztg. 21. September) beantwortet seine Frage mit der Antwort: „... Es wird also nach einer anderen Lösung der schwebenden Frage gesucht werden müssen [als Abtretung an Baden, Bayern oder Preußen], und diese dürfte in der Erklärung der genannten Provinzen als freies deutsches Reichsgebiet sich darbieten." Die Einnahme-Überschüsse würden in die Bundeskasse fließen, die militärischen Besatzungen nach Bestimmung des Oberfeldherrn aus allen Bundesgebieten zu stellen sein, während die dort auszuhebenden Rekruten ebenso in die verschiedenen Heere zur Ausbildung verteilt würden. Die Oberbeamten der Zivilverwaltung würden in der ersten Zeit aus bisherigen deutschen Staaten hervorgehen, während man später diese Stellen auch

Elsaß-Lothringern zugänglich machen könnte, nachdem sie sich vorher die Qualifikation dazu im Dienste deutscher Staaten erworben hätten. —

Unter den Zeitungen des Nordens befürwortet wohl keine in beredteren und energischeren Worten die Wiedereroberung von Elsaß und Lothringen als die „National-Zeitung". In allmählichem, stufenweisem Fortschritt entwickelt sie ihre Ideen. — Der erste in unser Gebiet gehörende Artikel vom 17. August versucht den Nachweis zu erbringen, daß das Deutschtum im Elsaß noch sehr stark sei, und kommt zu dem Resultat: „Zwei Sätze kann man in betreff der Deutschen in Elsaß und Lothringen für gewiß annehmen und seinen politischen Erwägungen zugrunde legen. Diese Deutschen — erstens — sind in ihrem innersten Herzen, sind in ihrer eigentlichen Natur deutsch geblieben und haben von dem französischen Wesen nur einen oberflächlichen Firnis, der sich leicht abwaschen ließe, oder eine gewisse geistige Verwirrung, die sich heilen ließe, angenommen. Zweitens: ihre Anhänglichkeit ist erst in einer Zeit, da Frankreich hoch aufzusteigen schien, entstanden. Wenn der französische Staat, wie jetzt augenscheinlich ist, tiefer und tiefer sinkt, und wenn hingegen das deutsche Staatswesen, wie nicht minder augenfällig ist, sich hält, so wird es nicht anders sein können, als daß die deutschen Elsässer und Lothringer sich von ihrer angeborenen Natur wiederum hingezogen und hingetrieben fühlen werden zu ihrem deutschen Vaterhause." —

Zehn Tage später heißt es dann schon dringlicher: „Frankreich selbst hat mit Worten erklärt und durch die Tat bewiesen, daß es mit dem einigen Deutschland keinen Frieden halten kann, so lange die Grenzen in dem gegen-

wärtigen Zustande sich befinden. Wir aber sind entschlossen, ein einiges und unteilbares Reich zu sein, und wir sind entschlossen, den Nationen den Frieden zu verbürgen. Weil wir über dieses Ziel des Krieges einig sind und das Glück der Waffen die Freiheit der Entscheidung gibt, darf kein Staatsmann die Bedingungen des Friedens anders stellen, als sie das Volk fordert und die Sicherheit der Zukunft erheischt." Diese Sicherheit der Zukunft erblickt die „Nat.-Ztg." aber nur in dem Besitz von Elsaß und Lothringen mit Straßburg und Metz, und der Leitartikel vom 27. September verlangt deshalb nachdrücklich die Annexion dieser Länder. Eine Zerstückelung Frankreichs bedeute diese Verkleinerung ebensowenig wie eine Bedrohung des Gleichgewichts von Europa. „Das Gleichgewicht Europas hat bisher nicht durch die Schwäche, sondern durch das Übergewicht Frankreichs gelitten. Seit den Zeiten des 30jährigen Krieges sind alle Beunruhigungen Europas von der Seine ausgegangen." — Angehend gegen die Einmischung der Neutralen heißt es weiter bestimmt und entschlossen: „Wir verlangen nicht, daß man außerhalb Deutschlands empfinde, was die Nachbarschaft Frankreichs uns gewesen ist. Kein anderes Volk Europas hat zu seinem Nachbar einen frühzeitig geeinigten kriegslustigen Staat wie Frankreich gehabt, der stets unter absoluter Herrschergewalt, mochte sie sich Monarchie oder Republik nennen, mit voller Wucht auf Deutschland drückte, da Frankreich sich sonst überall von unübersteiglichen Naturgrenzen umschlossen fand. Wer will die endlose Reihe des Jammers aufzählen, die diese Nachbarschaft über uns gebracht hat, wer die Wunden aufreißen, die uns bis in das Mark unseres Lebens getroffen haben? In den 240 Jahren, welche von 1630 bis 1870 verflossen sind, liegen 80 Kriegsjahre, 80 Feldzüge, die Deutschland gegen Frankreich hat

führen müssen, und diese Feldzüge wurden mit sehr wenigen Ausnahmen auf deutschem Boden ausgefochten. — Aber wir verlangen, daß man uns diese alte, lange, blutige Rechnung nach unserem, als dem zunächst Beteiligten, billigem Ermessen schließen läßt. In Zukunft darf wenigstens der Angriff Frankreichs auf uns nicht mehr so leicht sein, wie seit 200 Jahren, dürfen wenigstens unserer Verteidigung nicht mehr so große Hindernisse wie jetzt im Wege stehen. Das wollen wir, weil wir es wollen müssen: unsere Forderung an Frankreich ist durch unsere Pflicht gegen Deutschland, gegen unsere Nachkommen geboten. Sie ist gemäßigt. Man kann es sich deshalb erlassen, uns Mäßigung zu predigen." —

Am 2. Oktober wiederholt die „Nat.-Ztg." die Wichtigkeit des Besitzes von Elsaß und Lothringen noch einmal, und hindeutend auf das begonnene Einigungswerk gipfeln ihre Ausführungen in dem Ruf: „Ohne eine verbesserte Westgrenze ist kein einiges Deutschland, kein deutscher Bundesstaat zu haben."... „Wir Deutsche insgesamt aber schieben unsere Grenze vor, weil wir sonst keinen gesamtdeutschen Bundesstaat begründen, weil wir sonst nicht in Sicherheit vor Frankreich leben können: Darin liegt unsere Rechtfertigung bei der Verschiebung der Grenze." — Von einer Abgrenzung der Annexion nach Sprachgebiet will der Aufsatz nichts wissen. „Zumal, wenn eine Gebietserweiterung wie im vorliegenden Falle stattfindet, um größere Sicherheit gegen räuberische Angriffe zu schaffen und zu gewähren, so ist die Ziehung einer für die Verteidigung bequemen Linie von größerer Wichtigkeit als eine peinliche Beobachtung der Sprachscheide."

Über die Frage, w e m denn die neuen Provinzen gehören sollen, verlautet in all diesen Aufsätzen kein Wort.

Die „Nat.-Ztg." scheint absichtlich diesen Punkt nicht berührt zu haben. Doch glaube ich, aus einigen leisen Andeutungen schließen zu dürfen, daß sie am liebsten Elsaß-Lothringen an Preußen überwiesen sähe. Einmal heißt es in dem schon vorher erwähnten Artikel vom 2. Oktober: „Wäre der gegenwärtige Krieg weniger glänzend für Preußen, weniger nachteilig für Frankreich geführt worden, als es der Fall war und ist, mit anderen Worten, hätten Preußen und Frankreich einander mehr die Wage gehalten: wie würden Bayern und Württemberg sich dann benommen haben nach dem Ende des Krieges? Hätten sie sich dem Nordbunde angeschlossen, auch wenn er unvermögend gewesen wäre, Frankreich zu Boden zu schlagen und eine Landabtretung von ihm zu erzwingen? Es ist dies ein Rätsel, das sich nicht auflösen läßt und das nur gestellt zu werden verdient, um zum Nachdenken anzuregen." — Auch der Leitartikel vom 7. Oktober („Die Verständigung über Elsaß-Lothringen") sagt nicht positiv, wer diese Provinzen erhalten soll. Nur weist er nach, daß Bayern oder Baden diese Länder nicht bekommen können, und meint zum Schluß: „Wir dürfen getrost annehmen, daß die bayrische Regierung selber sich die hier angedeuteten Gefahren nicht verhehlt. Aus eben dieser Ahnung entspringt es auch, daß das süddeutsche Volk, viel wachsamer als das norddeutsche, welchem diese Dinge ferner liegen, nichts hören will von einer Vergebung der bisher französischen Landschaften an süddeutsche Kleinstaaten. Unseren Volksgenossen im Süden ist es darum zu tun, daß ihre Grenze gegen Frankreich sicher gestellt werde. Und da wir im Norden lediglich das gleiche wünschen können, so werden Nord und Süd gerade über diese Angelegenheit sich mit Leichtigkeit und einträchtig verständigen." — Wenn diese Sätze auch wohl kein sicheres Urteil über die Anschauungen der

„Nat.-Ztg." zulassen, so scheint es doch, daß in diesen Worten ein versteckter Hinweis auf den Schutz Preußens liegt, dem daher die neuen Provinzen anzuvertrauen wären.

Neben diesen Ansichten der Redaktion aus dem Hauptteil des Blattes wird in den Beilagen der „Nat.-Ztg." noch eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die unabhängig von dem Einflusse der Schriftleitung eigene Ideen zu dieser Frage entwickeln und von denen die wichtigsten hier folgen mögen. —

Am 14. September wendet sich „ein Süddeutscher" gegen die Einverleibung der neuen Provinzen in die Südstaaten oder eine Angliederung derselben als selbständigen Staat an den Deutschen Bund. „Bleibt also nichts übrig als Einverleibung in die preußische Monarchie." Die Eifersucht und Furcht des Auslandes, daß Preußen dadurch zu mächtig würde, weist der Verfasser mit den Worten zurück: „Der Appell an die Furcht findet keinen Widerhall in deutschen Herzen." Das eigenste Interesse von Elsaß und Lothringen erheische diese Zuteilung, denn Preußen übernehme jetzt die dominierende Stellung Frankreichs. Ferner liege es auch im Interesse Süddeutschlands, daß der Schutz seiner Grenzen dem mächtigen Preußen anvertraut würde. Endlich bedeute diese Vergrößerung auch das preußisch-deutsche Interesse; denn „Preußen wird genötigt sein, sich süddeutschem Geist und Wesen mehr, als bisher geschah, zu akkomodieren". ... Darum noch einmal: die Einverleibung von Elsaß-Lothringen in Preußen ist das einzig Richtige im Interesse dieser Länder, Süddeutschlands, Preußens und Gesamtdeutschlands." —

Eine Reihe von Aufsätzen widmet diesem Gegenstande auch der Berichterstatter der „Nat.-Ztg." „aus der

Provinz Preußen". Zunächst (am 24. August) meint er, daß man unser Recht auf Elsaß und Lothringen mit aller Schärfe geltend machen müsse, „denn ohne das kann keine wahre und wirkliche, keine solche deutsche Einheit geschaffen werden, die zugleich einen nach menschlichem Ermessen für immer unnahbaren Wall gegen erneute Anmaßungen eines später einmal wieder erstarkten Frankreichs bilden würde". Als dann wenige Tage später in den „Preuß. Jahrbüchern" der bekannte Aufsatz Treitschkes erschien: „Was fordern wir von Frankreich?" (Pr. J. XXVI. S. 367 ff.), macht derselbe Korrespondent am 22. September aber Front gegen die Ansicht Treitschkes, daß diese Provinzen allein durch Preußen dem deutschen Leben wiedergewonnen werden könnten. Denn in diesem Falle müßten auch Elsaß und Lothringen noch jahrelang wie die übrigen preußischen Provinzen „mit dem preußischen Herrenhause, mit den ständisch gegliederten Provinzial-Landtagen mit Eulenburgscher Landratsverwaltung, mit Mühlerschem Kirchen- und Schulregiment und mit anderen dergleichen schönen Dingen behaftet werden". — Das aber wünscht der Verfasser nicht. Er hofft im Gegenteil, daß Elsaß-Lothringen ein liberaler Musterstaat wird. Hier müsse man den Anfang damit machen, daß die Funktionen des Landtags immer mehr auf Reichstag und Provinzialvertretung übergingen, und die preußische Regierung immer mehr den Charakter einer rein deutschen Regierung annehme. „Doch eine, wenn auch nur diese eine Stelle gibt es, von welcher die Reichsverfassung selbst mit einer solchen Reform beginnen kann, und diese eine Stelle ist Elsaß-Lothringen. — In dieser deutschen Provinz möge das Oberhaupt des Reiches die Provinzial-Regierung einsetzen; der Deutsche Reichstag möge in Uebereinstimmung mit dem Reichsoberhaupte die Funktionen derselben und

ebenso die Rechte und Pflichten der Provinzial-Vertretung wie der kommunalen Selbstverwaltung feststellen. Andererseits müssen alle Gesetze, Einrichtungen und Leistungen, die nicht von kommunaler oder provinzieller Selbstbestimmung abhängen dürfen, selbstverständlich dem Reichsoberhaupte, der Reichsregierung und der Reichsvertretung übergeben werden. Endlich wollen wir auch nicht vergessen, daß es einer Übergangsperiode bedarf, während welcher die neue Provinz aus den bisherigen Zuständen in die Verhältnisse der neuen Lage erst hinübergeführt werden muß. Die Dauer derselben und die Befugnisse der Reichsregierung während dieser Periode hat ein von dem Reichsoberhaupte genehmigtes Reichsgesetz zu bestimmen. Wir meinen, daß auf diese Weise die preußische Aufgabe gegenüber der neuen Provinz um so reiner und vollständiger gelöst werden kann, als sie eben keine spezifisch preußische, sondern eine solche ist, welche mit der deutschen Aufgabe Preußens vollständig zusammenfällt." —

Aber gleich nach dem Erscheinen dieses Aufsatzes meldet sich eine Stimme „aus der Provinz Brandenburg" („Nat.-Ztg." 25. September), die wieder zur Ansicht Treitschkes hinüberneigt und meint, daß durch die Vorschläge des Verfassers aus der Provinz Preußen nur ein neuer Partikularstaat geschaffen würde, „denn wer auch das Oberhaupt „dieser deutschen Provinz" werden mag, wie dasselbe auch genannt werden mag, Herzog oder Oberpräsident, immer wird dasselbe, beschränkt durch andere verfassungsmäßige Organe oder nicht, ein gewisses Maß von staatlichen Funktionen zu üben haben, welches ungefähr dem gleich kommt, was die Regenten unserer Kleinstaaten leisten... Ein Übergangsstadium, hierin stimmen wir unserem Gesinnungs-

genossen aus Preußen wieder bei, wird allerdings unvermeidlich sein, und vielleicht länger währen, als das von 1866 für die damals neuen Provinzen. Benutzen wir es, nicht um den Partikularstaat Elsaß-Lothringen möglichst ideal herzustellen, sondern um unsere deutsche Verfassung so zu entwickeln, daß auch die Elsässer und Lothringer sich unter ihr heimisch fühlen! Benutzen wir es, um auch in unserem engeren Vaterlande alle Mißstände der inneren Verwaltung zu beseitigen, und lassen wir dann Elsaß-Lothringen als vollberechtigte preußische Provinz an den Segnungen deutscher Einheit teilnehmen."

Auch H. B. Oppenheim*), der schon im August, bevor die Schriftleitung selbst sich mit dieser Frage beschäftigte, mit begeisterten Worten das Interesse der öffentlichen Meinung auf diese Länder hinzulenken sich bemühte, meint am 16. Oktober in der „Nat.-Ztg.", daß Elsaß-Lothringen fortan durchaus Preußen angehören müsse. „Es versteht sich von selbst, daß das Elsaß eine preußische Provinz werden muß. Die unklare, ja widersinnige Kombination, daraus ein abstraktes „Reichsland" zu machen, war wohl nur ein offiziöser Fühler, mit dem etwas ganz anderes gemeint war, als dienstfertige Federn in der Hast des Gehorchens daraus herleiteten. Als ob das deutsche Bundesstaatswesen nicht schon verwickelt genug wäre."

Die „Vossische Zeitung" gehört mit zu den Stimmen, die schon sehr frühe Elsaß und Lothringen verlangen. Gleich nach den ersten Siegen bei Weißenburg und Wörth ruft sie am 9. August die aufmunternden Worte: „Deutschland hat sich lange beschieden, seine abgerissenen

*) cf. die Anmerk. auf S. 91.

Teile bei Frankreich zu lassen; noch wagt sich der Ruf der Zurücknahme von Elsaß und Lothringen nur schüchtern hervor, er wird aber bald unaufhaltsam aus der ganzen Nation ertönen, wenn die Vogesen hinter unserem Heere liegen und die Mosel es nicht mehr aufhält." — Nachdem dann schon wenige Tage später diese überschritten ist, kommen die Mahnungen dringender. „Das Gleichnis vom Balken und Splitter — so heißt es am 18. August — wird dabei (bei den Annexionen) nicht mit Unrecht gegen uns angewendet werden, aber die Ehrlichkeit wird doch auch zugestehen müssen, welche echt deutsche Michelgeduld wir jahrhundertelang geübt, bis endlich durch unerhörte Taten das Wunder vollbracht wurde, Deutschland zu einigen und es zu einer Kraftanstrengung zu bringen, welche das lang erduldete Unrecht mit einemmal heimzahlt." —

Besonders die Rückeroberung der deutsch gebliebenen Teile des Elsaß und Lothringens wird betont, aber aus politischen und militärischen Gründen billigt die „Voss. Ztg." doch auch die Annexion französischer Sprachgebiete, soweit sie zum Grenzschutz unbedingt erforderlich sind. Die letzte Entscheidung über diesen Punkt legte sie jedoch vertrauensvoll in die Hände des Grafen Bismarck. Am 1. September schreibt sie darüber: „Was die Ländererwerbung und die Kriegsentschädigung betrifft, so können wir wohl mit Vertrauen die Sache den Händen des Grafen Bismarck überlassen, Blödigkeit ist eben nicht seine Schwäche. Nach außen hat Graf Bismarck bis jetzt noch immer die Kraft der Nationalität gut zu verwerten verstanden." —

Hinsichtlich der Art der Einverleibung ist bei der „Voss. Ztg." eine interessante Schwenkung ihrer Ansichten zu erkennen. Am 18. August ist sie, wohl überwältigt und

beeinflußt durch die ungeheuren Erfolge der preußischen Heerführung, davon durchdrungen, daß „Preußen nach wie vor den Stock und Kern auch des neuen und erweiterten Deutschen Reiches bilden müsse“ und daß ihm das Frankreich abzunehmende Land zuzuweisen sei. Die „Voss. Ztg.“ setzt dabei allerdings voraus, daß Preußen sich befleißigen würde, „seine Untugenden abzulegen, welche ihm als Groß-Preußentum berechtigten Haß zugezogen haben, und daß es die Volksrechte Elsaß' und Lothringens erweitern würde, ohne welche seine gesunde Einverleibung in Deutschland nicht denkbar sei. Nachdem aber dann bekannt wurde, daß dem Generalgouverneur von Bismarck-Bohlen (siehe darüber ausführlicher S. 10) am 26. August der preußische Regierungspräsident von Kühlwetter als „Zivilkommissar im Elsaß“ beigegeben war, war die „Voss. Ztg.“ sehr in ihren Erwartungen getäuscht. Der Wert der Zivilbeamten „vom Schlage Kühlwetter“ erschien ihr sehr bedenklich; und Preußen schien also doch nicht geneigt zu sein, sein Regierungssystem zu ändern und die Untugenden“ abzulegen. So läßt die „Voss. Ztg.“ denn nun, um nicht einen „Polizeistaat“ durch den andern zu ersetzen, den Gedanken einer Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen fallen; und nach Zurückweisung einer Verteilung an andere Einzelstaaten schlägt sie schon am 2. September vor: „Wenn es doch nicht möglich ist, sie (Elsaß und Lothringen) unter einer neuen Art von Reichsunmittelbarkeit ohne Fürst selbständig zu machen, so würde das künftige Schicksal von Elsaß-Lothringen bis nach der Entscheidung über die Reichsverfassung zu vertagen sein und eine Nationalversammlung dabei mitzusprechen haben.“ —

Eine Art Reichsland scheint der „Voss. Ztg.“ die Grund- und Volksrechte also doch besser zu verbürgen als das Regiment Kühlwetters.

Die von ihr vorgeschlagene event. Entscheidung der Nationalversammlung ist bei dem damaligen Programm der Fortschrittspartei nur allzu begreiflich.

Als Übergang von den politischen Tageszeitungen zu den Broschüren mögen jetzt von den Zeitschriften die „Preuß. Jahrbücher" und „Grenzboten" ihren Platz hier finden.

In den „Preuß. Jahrbüchern" nimmt zuerst Wehrenpfennig das Wort (XXVI. S. 344) und fordert: „Was die Helden der Blücherschen Armee mit ihrem tapferen Schwert einst erringen wollten, was der Neid und das Interesse anderer Mächte ihnen entriß, das wollen wir heute erwerben und festhalten. Der Feldzug von 1870 ist gleichsam der Schluß der unvollendeten Freiheitskriege." — Die Tage von 1815 werden dem Leser in schwunghafter Sprache wieder nahe gebracht, und an dem vergeblichen Sehnen und Ringen der deutschen Männer in damaliger Zeit will W. zeigen, was man wollte und doch nicht konnte. Aber gerade dieser negative Erfolg, der soll nun ermunternd einwirken im Herzen der Nation und mahnend zu ihren Führern sprechen. —

An die einleitenden Worte Wehrenpfennigs schließt sich dann unmittelbar der zwei Tage später verfaßte Aufsatz Heinrich von Treitschkes: „Was fordern wir von Frankreich?" (P. J. XXVI. S. 367). — Hier finden die Wünsche des deutschen Volkes ihren schönsten Ausdruck. Mächtig und überzeugend quillt der Strom lebenswarmer Worte aus dem edlen Herzen eines echt deutschen Mannes, um die noch unbestimmten Hoffnungen der Nation zu klarem Erkennen zu wecken und die kalten und trägen Gemüter zu erwärmen für die Rückerwerbung Elsaß-Lothringens.

In drei Abschnitten führt uns Treitschke seine reichen Gedanken vor: Warum muß Elsaß und Lothringen wieder unser werden? — Das beantwortet in überzeugender Darstellung der erste Abschnitt. Zunächst ist es das unabweisbare Gebot der Sicherheit, das verlangt, diese Provinzen zurückzufordern. Einen Völkerfrieden werden wir erst dann erreichen, „wenn von den befestigten Pässen der Vogesen deutsche Feuerschlünde in das welsche Land herniederschauen und unsere Heere in wenigen Märschen in die Ebenen der Champagne herabsteigen können, wenn dem Raubtiere die Zähne ausgebrochen sind, und das geschwächte Frankreich nicht mehr wagen darf, uns anzugreifen".

Aber neben der militärischen Wichtigkeit des Elsasses ist auch seine volkswirtschaftliche Bedeutung für uns von hohem Werte. Wegen der überaus günstigen Boden- und Verkehrsverhältnisse, besonders aber wegen der Kanäle vom Rhein nach dem Becken der Seine und der Rhone kann Deutschland keineswegs auf dieses köstliche Besitztum verzichten.

Endlich wird auch das mit vereinter Anstrengung wiedergewonnene Grenzland „den unitarischen Zug unserer Staatskunst verstärken, wird alle Besonnenen zwingen, sich in treuer Manneszucht um die Krone Preußen zu scharen."

„Der Gesichtskreis der deutschen Politik wird freier von Jahr zu Jahr; wenn die Nation erst fühlt, daß die Lebensinteressen des deutschen Staates bereits in die slavische, die skandinavische, die romanische Welt hinüberreichen." —

Der zweite Teil gibt den Umfang der rückzuerobernden Provinzen an. Die deutsche Sprache und Sitte des Landvolkes soll maßgebend sein für die Westgrenze; doch darf man nicht in doktrinärem Eigensinn Halt machen an der

Sprachgrenze: Belfort und Metz sind zum Schutze der deutschen Lande unbedingt erforderlich, und so bliebe zu fordern: Die Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin; Moselle zum größten und Meurthe zum kleinsten Teile. Wenn in diesen Bezirken die Verwelschung auch teilweise schon tief eingegriffen hat, so wird „die Stimme des Bluts" sich doch bald wieder zu uns kehren. „Eben hierin liegt für uns ein Unterpfand der Hoffnung. Der Quell deutschen Lebens ist wohl verschlammt, doch nicht versiegt. Reißet diese Menschen aus dem fremden Erdreich heraus, und sie sind so deutsch wie wir." —

Die Frage, wem die neuen Provinzen gehören sollen, beantwortet dann der dritte Teil. Als bewundernder Verehrer der Hohenzollern fordert Treitschke natürlich Elsaß und Lothringen für Preußen, da dieses allein imstande sei, seinen starken Arm schützend um Deutschland zu legen und die entarteten Kinder in richtiger Schulung zu erziehen. Der Gedanke einer Verteilung der neuen Grenzlande an die Südstaaten oder auch die Schaffung eines reichsunmittelbaren Bundesgebietes wird mit dem Ausdrucke „überkluge Vorschläge spielender Dilettanten" belegt. Nur wenn die bundesfreundliche Gesinnung des Münchener Hofes gar nicht anders zu gewinnen wäre, könnte allenfalls das nördliche Elsaß mit Hagenau an Bayern fallen, — „was aber immerhin ein häßlicher Notbehelf, eine Grausamkeit gegen die Elsässer wäre." —

Am 25. September ergreift Treitschke dann noch einmal das Wort. In dem Artikel „Friedenshoffnungen" (P. J. XXVI. S. 491) wendet er sich besonders gegen den „wunderlichen Vorschlag", in jenen Grenzlanden ein Reichsland oder deutsches Vorland unter Oberhoheit des Bundesfeldherrn zu gründen. Ein Straßburger Landtag, den man — wendet Tr. ein — einem solchen Lande doch

nicht versagen könnte, müßte ein „Tummelplatz des Vaterlandsverrats, französischer Ränke und des allerverwerflichsten Partikularismus werden". So plädiert Tr. denn noch einmal warm für eine preußische Provinz, besonders da die Elsässer sich viel schneller als Deutsche fühlen würden, wenn sie die straffe Organisation der preußischen Beamten erfahren, als „wenn sie abstrakte Deutsche werden sollen, während alle anderen Deutschen einem konkreten Einzelstaate angehören".

Dieselben Ideen hatte Tr., wie uns Busch (Tgb. I. S. 198) berichtet, in einer Zuschrift auch dem Grafen Bismarck entwickelt. Wie stark aber dessen Neigung und Gründe für ein Reichsland waren, ist an anderer Stelle (cf. § 1) erörtert, und wahrscheinlich nicht ohne seine Anweisung widerlegt die „Spen. Ztg." am 27. September die Ansichten Treitschkes.

„Die „Grenzboten" stehen in ihren Forderungen den „Preuß. Jahrbüchern" sehr nahe, sowohl in bezug auf Umfang wie Art der Annexion. Der erste Aufsatz: „Elsaß und Lothringen" (1870, II. Sem. 1. Bd. S. 266)*) behandelt rein historisch den Verlust dieser Länder und klingt aus mit den Worten: „Es scheint uns an der Zeit, uns abermals dieser Verluste zu erinnern. Deutschland wird prüfen, ob es nicht nach einem Kampf, den es mehr als irgend einen der früheren mit seinen eigenen, alleinigen Kräften kämpft, auch mit vollerem Nachdruck als früher zu fordern habe, was in den Tagen der Kraftlosigkeit seinen Händen entglitten." —

*) Der erste Aufsatz des „Grenzboten" („Elsaß und Lothringen") ist nicht mit Datum versehen; der zweite dagegen („Die deutschen Westgrenzen") ist „Anfang September 1870" geschrieben und stammt aus der Feder Alfred Doves.

Den Umfang der Rückerwerbung behandelt dann der Artikel: „Die deutschen Westgrenzen“ (II. 1. S. 399). Natürlich-geographische, sprachlich-nationale wie militärische Elemente müssen zuerst erwogen werden, und die Durchsicht verstaubter Aktenbündel zur Feststellung der ehemaligen Grenzen darf dabei kein gewichtiges Wort mitreden. „Aus dem Naturrecht also unserer gegenwärtigen Sicherung und unseres künftigen Gedeihens heraus möchte ich das Maß unserer Forderung begründet sehen, nicht aus dem historischen Recht unseres Besitzes in irgendwelcher Vergangenheit.“ Metz und Umgebung werden bestimmt zurückgefordert; im übrigen aber durchaus nicht mehr rein französisches Gebiet als unbedingt erforderlich. Für diese „Außernationalen“ wird aber unbedingt die Pflege und Lehre der Muttersprache in Kirche und Schule wie auch das Recht ihrer Anwendung in öffentlichen Angelegenheiten verlangt. —

Als Unitarier das Glück der Zukunft Deutschlands im Einheitsstaate sehend, forderten die „Grenzboten“ die neuen Provinzen dann für Preußen. „So wird noch einmal wie nach 1815 und 1866 das königliche Wort zur Tat werden, daß Deutschland gewonnen, was Preußen verloren hat.“

Ehe ich nun in der Schilderung der Annexionsfrage von den Zeitungen und Zeitschriften zu den Broschüren übergehe, in denen doch immer die Anschauungen von Einzelpersönlichkeiten zum Ausdruck kommen, will ich hier zunächst noch eine Gruppe liberaler Männer nennen, deren Namen für die damalige Zeit ebensowohl charakteristisch als bedeutungsvoll sind: ich meine die Gruppe Lasker, Forckenbeck, Bennigsen, Hölder und Kiefer. — Ihre Äußerungen über die Annexionsfrage sind uns er-

halten in den Briefen aus „Laskers Nachlaß" (D. Revue 17. II.). —

Gegenüber dem eifrigen Bemühen dieser nationalliberalen Führer um das Zustandekommen der Reichsverfassung tritt allerdings ihre Betätigung für die Erwerbsfrage erheblich zurück; ja Max von Forckenbeck äußert in seinem Briefe an Lasker vom 20. August sogar die lebhafte Besorgnis, „daß durch das unbedingte Verlangen nach dem Erwerb der ehemals deutschen Lande die eigentliche Aufgabe des Krieges, der einzige wirkliche Lohn, den das deutsche Volk aus demselben erhalten kann, die vernünftige einheitliche Organisation des deutschen Staates schwere Einbuße erleide". — Nur dann, wenn der Erwerb von Elsaß-Lothringen uns diese Aufgabe erleichtern könnte und vielleicht dazu dienen würde, „widerwillige Bayern und Württemberger mit dem Verluste wesentlicher Hoheitsrechte Bayerns und Württembergs zugunsten des deutschen Staates auszusöhnen", — nur dann sei er beruhigt, und allein die militärische Sicherheit und die Bürgschaft eines dauernden Friedens könnten eine Annexion rechtfertigen. „Das unbedingte Verlangen aber, welches gleich nach dem ersten großen, aber noch nicht entscheidenden Erfolge auftrat, welches gar nicht berücksichtigte, was die betreffenden Bevölkerungen jetzt sind, und welches nur allein, ohne Rücksicht auf die deutsche Einheit sich breit machte, hat mir gewaltig vor den Kopf gestoßen und ist von mir, unter Freunden bekämpft worden."

Ganz ähnliche Worte finden wir auch bei Eduard Lasker. „Über territorialen Erwerb spreche ich nicht," — schreibt er am 15. August an Bismarck, — „die Grenzerweiterung war nicht der deutsche Zweck des Krieges und wird nicht der Preis sein, welcher die Nation befriedigt". — Wie Forckenbeck, teilt dann auch Lasker die Ansicht,

daß vielleicht der Erwerb von Elsaß-Lothringen für den Anschluß der Südstaaten an den Nordbund von Bedeutung werden könnte. „Eine Maßgabe haben Sie nicht erörtert" — berichtet er am 28. August an Kiefer —; „sollte nämlich die Abtretung erworbener Lande an süddeutsche Staaten das Zustandekommen des Gesamtbundes bedingen, so erscheint uns für dies letzte Ziel kein Opfer zu groß."

Rud. von Bennigsen hatte sich von Hannover aus (22. August) über die neuen Land-Erwerbungen und ihren künftigen Besitzer geäußert: „Nach den ungeheuren Anstrengungen und Opfern wird Deutschland sich die Wiedergewinnung des Elsasses und Lothringens (wenigstens bis zur Mosel einschließlich von Metz) nicht entgehen lassen. Darüber scheint nur eine Stimme zu herrschen. Zu Demonstrationen in dieser Richtung ist auch nach meiner Ansicht zurzeit kein Grund, weil namentlich nach den neuesten Äußerungen der Regierungspresse, selbst des Staatsanzeigers, augenblicklich keine Besorgnisse für uns vorhanden sind. Einigermaßen der Diplomatie, unserer wie der fremden, auf die Finger zu passen, scheint jedoch für alle Fälle geraten..."

„Eine zweite Frage ist, wem dann Elsaß und Lothringen zufallen sollen. Die einfache Antwort: selbstverständlich an Preußen, wird nicht ebenso einfach eine praktische Lösung sein, da Preußen den Krieg nicht allein geführt hat und, wenn nicht das Ausland, doch wenigstens die süddeutschen Bundesgenossen Rücksichten erfordern. Von Rochau erhalte ich einen Brief, wonach derselbe ganz außer sich schreibt über angebliche Projekte, das Elsaß an Baden und Bayern zu bringen, und damit die Elsässer furchtbar zu erbittern und deren Verschmelzung mit Deutschland auf lange Zeit unmöglich zu machen. Auf die Erbitterung der Elsässer würde ich nun bei dieser großen

Katastrophe sehr wenig geben, am wenigsten, wenn eine Beteiligung der süddeutschen Staaten an den französischen Abtretungen einen sofortigen Eintritt derselben in den Norddeutschen Bund ꝛc. befördern oder gar bedingen sollte." — Diese drei norddeutschen Parlamentarier stimmen also im wesentlichen in der Annexionsfrage vollkommen überein: Der Besitz von Elsaß-Lothringen wird uns nützlich und praktisch sein, im Augenblick ist aber nicht diese Erwerbung, sondern das Zustandekommen der Reichsverfassung „der Preis des Krieges, welcher die Nation befriedigt". Um dies Ziel zu erreichen, darf aber event. selbst das Opfer der Abtretung von Gebietsteilen an die Südstaaten nicht zu groß sein! —

Ein weit größeres Interesse als diese drei preußischen Nationalliberalen scheinen ihre süddeutschen Parteigenossen Hölder und Kiefer der Annexionsfrage zugewandt zu haben. — Bereits am 12. August schrieb Julius von Hölder*) an Lasker: „Wir sind alle einstimmig der Ansicht, daß dieser Krieg, wenn er, wie zu hoffen, siegreich zu Ende geführt wird, nicht ohne bleibende Resultate für den künftigen Umfang des deutschen Gebiets sein dürfe, oder, unumwunden gesagt, daß die Wiedergewinnung der früher deutschen Provinzen Elsaß und Lothringen der Preis der schweren Opfer sein müsse. Es wird nun zwar zu hoffen sein, daß auch Graf Bismarck dieses Ziel neben anderen ins Auge faßt; da aber schon zu oft die Diplomatie die Erfolge der deutschen Waffen preisgegeben hat, da die Vermittlung anderer Mächte zu befürchten ist, welche sämtlich dem erstarkten Deutschland mißgünstig sind, da

*) 1819 in Stuttgart geboren, 1849 in die II. Kammer gewählt (Demokrat), gründete 1855 die Fortschrittspartei und 1866 die „Deutsche Partei". Von 1871—1881 war er Reichstagsabgeordneter und wurde dann württembergischer Minister des Innern.

endlich unsere alten Gegner, Partikularisten, (Hof-) Volkspartei und Ultramontane dem neu erstandenen deutschen Staat Schwierigkeiten gegen die Erringung solcher Erfolge machen werden, so waren wir der Ansicht, daß den Anforderungen Deutschlands bei den Friedensverhandlungen die Wucht der öffentlichen Meinung zu Hülfe kommen müsse."

„Demgemäß beabsichtigen wir, im gegebenen Zeitpunkte ohne jeden Verzug mit der Forderung des Elsasses und Lothringens hervorzutreten und diese Forderung durch massenhafte Volksversammlungen aussprechen zu lassen. Jetzt schon aber können die Geister durch die Presse und auf andere geeignete Weise, wenn auch mit Vorsicht, um dem Vorwurf der Vermessenheit zu begegnen, auf diese Forderung vorbereitet werden." — Als Gründe „für Erwerbung des Elsasses und (wenigstens Deutsch-) Lothringens" führt Hölder in der Nachschrift desselben Briefes an: „Deutschland, insbesondere Süddeutschland ist bei der gegenwärtigen Offensivstellung Frankreichs stets bedroht, und die Wiedererwerbung des von Habsburg Verlorenen durch die Hohenzollern wird dem neuen deutschen Staat ein unbedingt durchschlagendes Prestige geben. Die Abneigung der Bevölkerung kommt nicht in Betracht, wir sind ja keine sentimentalen Politiker und keine doktrinären Narren. Die Nationalität wird sich bald wieder geltend machen, und bis dahin können diese Länder nötigenfalls militärisch im Zaume gehalten und regiert werden." Sogleich im nächsten Schreiben (20. August) meint dann Hölder, daß kein anderes Land als Preußen die neuen Erwerbungen hinnehmen dürfe. „Gegenstand der Beschlüsse (der einzuberufenden Volksversammlung) werden voraussichtlich Elsaß und Lothringen und der Eintritt Süddeutschlands in den Nordbund sein. Ersteres

selbstverständlicherweise nicht in dem Sinne, daß andere Staaten als Preußen Landerwerbungen machen sollen." —

Friedrich Kiefer*) greift die Frage Lothringens in einem Briefe an Hölder auf und schreibt ihm darüber: „Wir stimmen dahin überein, daß die Erfolge dieses Krieges, welche die nationale Partei als ihr Programm aufstellt, nur die staatliche Einheit der Nation und ein sichernder Abschluß der Grenze gegen Frankreich, erreicht durch die Zurücknahme des Elsasses und eines entsprechenden Teiles von Lothringen, sein kann. Dahin müssen wir alle unsere Blicke richten, dafür müssen wir alle Kraft aufbieten. — Die Grenzfrage scheint mir in direktem Zusammenhange mit der politischen Einigungsfrage zu stehen. Es eröffnet sich für Preußen eine treffliche Gelegenheit, festen Fuß in Süddeutschland zu fassen, wenn ihm und nicht irgend einem Mittelstaate die obenerwähnten französischen Gebiete zufallen. Geradezu schädlich wäre es für die politische Aufgabe, wenn Bayern in die Lage käme, seine süddeutsche Stellung noch zu verstärken. Gerade der inneren Dinge wegen halte ich es daher für höchst bedeutend, daß Bayern aufhört, Grenzstaat zu sein, und daß Preußen seine Grenze von Saarbrücken ausdehne und daher sowohl Rheinbayern als Baden mit direktem preußischen Staatsgebiete umschließe. Durch diese territoriale Gestaltung wird der Lösung der Bundesfrage der größte Vorschub geleistet. Bayern m u ß dann mit Preußen gehen, seine Patrioten mögen schreien wie sie wollen."

Kiefer bringt hier also — wie Lasker, Bennigsen und Forckenbeck — die Grenzfrage wieder in direkten Zu-

*) Geb. 1830 in Mappach (Bad. Oberland), 1870 zum Oberstaatsanwalt am Hofgericht in Mannheim ernannt. Seit 1865 war K. auch Mitglied der II. Bad. Kammer.

sammenhang mit der politischen Einigungsfrage. — Interessant bei all diesen Erörterungen ist die Wahrnehmung, daß die Nationalliberalen des Nordens zur Erreichung der politischen Einheit selbst einer event. territorialen Vergrößerung der Südstaaten zustimmen, während ihre süddeutschen Freunde (Hölder und Kiefer) ausdrücklich betonen, daß kein Land außer Preußen die neuen Gebiete erhalten dürfe.

In der Reihe der Broschüren um die Erwerbung Elsaß-Lothringens erschien als eine der ersten von dem damaligen Königsberger Universitätsprofessor Wilhelm Maurenbrecher*) am 28. August die Schrift: „Elsaß eine deutsche Provinz." (Berlin 1870 bei Weber.) — Es ist hauptsächlich deutsches Land, was hier zurückgefordert wird: „Das deutsche Elsaß mit dem deutschen Teile Lothringens muß jetzt endlich zu Deutschland zurückkehren." — Aber neben dem nationalen Gesichtspunkte wird doch auch der militärische nicht unberücksichtigt gelassen. „Aus strategischen Gründen wünschen wir die Grenze so zu gestalten, daß die bisherige Bedrohung Deutschlands ein Ende habe und daß eine günstige Verteidigungslinie für Deutschland aufgefunden werde. Ob dies in der Vogesen- oder Mosellinie, ob durch Vogesen und Ardennen oder sonstwie am besten erreicht werde, das geben wir getrost der Einsicht des genialen Feldherrn anheim, der schon wiederholt uns zum Siege geführt hat." — Maurenbrecher ist gleich den „Grenzboten" noch einer der wenigen, die einen stark zentralisierten Staat erhoffen, und so will er denn aus der neuen Provinz ebensowenig einen neutralen Staat gemacht sehen, als

*) Geb. 1838 in Bonn. 1867 Prof. in Dorpat. 1869 nach Königsberg, 1877 nach Bonn und 1884 nach Leipzig berufen, wo er 1892 starb.

sie einem der süddeutschen Staaten zugeteilt wissen. „Elsaß muß eine preußische Provinz werden. ...Dem nationalen deutschen Zukunftsstaat Preußen darf allein der Neuerwerb der verlornen Reichsgrenze zugute kommen." —

Dringlich und begeistert, auf seine eben erwähnte Schrift wie auf die Arbeiten von Treitschke, Wagner, Bohlmann und Menzel zurückkommend, fordert W. Maurenbrecher in der „Nat.-Ztg." am 25. September unter der Überschrift: „Was soll aus Elsaß und Lothringen werden?" noch einmal die Einverleibung dieser Länder in Preußen. Besonders bekämpft der Königsberger Gelehrte die Ansicht Bohlmanns*), Elsaß und Lothringen als reichsunmittelbares Gebiet dem Bundesrat und Reichstag zu unterstellen und in dem Lande eine erbliche Reichsstatthalterei einzurichten.

Nachdem diese letztere mit den Worten abgetan wird: „Nun vermögen wir aber in der Tat kaum zu sehen, wodurch diese Staatsform sich in der Praxis von neuen Kleinstaaten unterscheiden würde", macht M. seine Bedenken geltend über das „verwickelte, künstliche System", das entstehen würde, wenn Bundesrat und Reichstag über die inneren Angelegenheiten dieser Provinzen zu entscheiden hätten: „Es gehört nicht viel Scharfsinn dazu, eine Menge täglich entstehender Unzuträglichkeiten und Reibungen bei einer so komplizierten Maschinerie vorauszusagen: Die Organe der Verwaltung hätte das Bundeskanzleramt zu bestellen; dabei könnten Einflüsse der anderen Bundesstaaten vom Bundesrate aus auf Persönlichkeiten und Maßregeln dieser Verwaltung gar nicht ausbleiben. Noch höher aber als dies schlagen wir die Rückwirkung auf die Bewohner der neuen Provinzen selbst an. Wie? Die anderen deutschen

*) Siehe darüber ausführlicher auf S. 29.

Staaten besorgen ihre inneren Angelegenheiten durch ihre eigene Regierung und ihre eigene Volksvertretung; und nur hier soll die Gesamtheit eine Vormundschaft ausüben, als ob jene Lande selbst nicht fähig wären, für sich zu raten und zu sorgen? Nein, man schaffe jetzt nicht deutsche Brüder erster und zweiter Klasse! Man säe nicht den Samen zu innerer Unzufriedenheit und Mißstimmung selbst leichtsinnigerweise aus! Man erschwere nicht durch staatsrechtliche Künsteleien die an sich schon schwierige Aufgabe, Herz und Sinn der neuen Deutschen an Deutschland zu fesseln! Im preußischen Landtage als Glieder des preußischen Staates, der fast alle deutschen Stämme schon in sich vereinigt hat, im Deutschen Reichstage als Glieder des größeren Ganzen, an beiden Stellen hoffen wir die Vertreter der neuen Provinzen bald tätig mitarbeiten zu sehen zu dem gemeinsamen Werke, das allen Deutschen obliegt." —

Gegen Ende seines Aufsatzes befürwortet Maurenbrecher noch einmal die Einverleibung von Elsaß-Lothringen in Preußen mit den Worten: „Gegenüber allen jenen Anwandlungen übermäßiger Empfindlichkeit (besonders Bayerns, das mit Mißstimmung die Erwerbung der Provinzen durch Preußen sieht) betonen wir wiederholt: wir fordern die Einverleibung in Preußen im Hinblick auf den nationalen Charakter unserer deutschen Zukunft. Preußen soll gleichsam als Mandatar des ganzen Deutschlands die Grenzlande halten und schützen."

Wenige Tage später als Maurenbrecher, diesem an politischer Überzeugung auch innerlich nahestehend, publiziert Adolf Wagner*) sein Buch: „Elsaß und Loth-

*) Wagner wurde im Herbst 1870 als Professor von Freiburg nach Berlin berufen.

ringen". (Leipzig 1870 bei Duncker & Humblot. 1. Auflage am 5. September, 2. Auflage am 11. September.)

„Von der Wiedererlangung der meisten ehemals zum Deutschen Reiche gehörigen Länder des jetzigen Frankreich kann nicht die Rede sein" — meint Wagner. Nein, Deutschland soll vornehmlich nur dasjenige Gebiet für sich zurückverlangen, bei welchem es sich zugleich auf historisches Anrecht, Nationalitätsprinzip, Prinzip der natürlichen Grenzen und notwendige Sicherung seines Territoriums stützen kann. Danach ginge unser Anspruch denn nicht weiter als auf Deutsch-Elsaß und -Lothringen*); und Wagner ist so von der Wichtigkeit der Erwerbung deutsch gebliebenen Gebietes überzeugt, daß er der Diplomatie dringend das Studium von Böckhs gerade damals veröffentlichten Werk „Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet" (Berlin 1870) empfiehlt. Von diesem Nationalitätsprinzip glaubt Wagner vielleicht nur bei Metz eine Ausnahme zulassen zu dürfen, falls es nämlich nicht möglich sein sollte, diese Festung zu schleifen „und die völkerrechtliche Servitut des Nichtwiederaufbaues auf den Platz zu legen".

Als Gegner des „Belohnungsprinzips" und — wie die „Grenzboten" und Maurenbrecher — ein Unitarier, folgert W. weiter, daß „jeder neue Territorialerwerb womöglich den Kern des Staates verstärken müsse". So fordert er denn auch das neue Gebiet als preußische Provinz, denn „was Preußen gewonnen, ist Deutschland gewonnen". Die Reichsunmittelbarkeit von Elsaß und Lothringen be-

*) W. kommt also mit seinen Wünschen der in § 5 angeführten Gruppe schon sehr nahe. Er ist aber aus dem Grunde schon hier eingereicht worden, weil er bedingungsweise doch die Annexion des durchaus französischen „Metz" billigt.

zeichnet er als „unnötige Künstelei, an der nur die deutschen Staatstheoretiker wieder eine Überfülle juristischen Scharfsinnes verschwenden würden"; und die Neutralität dieser Staaten wird „heller Wahnsinn" genannt. —

Auch Graf Münster fordert in seiner Schrift: „Deutschlands Zukunft — das Deutsche Reich" (Berlin 1870 bei Janke) Elsaß und Lothringen bis zu den Vogesen und der Mosel für Preußen. Zwar will M. nicht einen Franzosen mehr zum deutschen Untertan gemacht wissen als unbedingt notwendig ist, aber die strategisch wichtigen Punkte läßt er doch gern annektieren. —

Heinrich von Sybels Ansichten über Elsaß-Lothringen erfahren wir in einem Aufsatz (datiert Bonn, 17. September), den die „Köln. Ztg." am 19. September bringt.*) — Nach Seitenhieben gegen die Sozialdemokraten (§ 6) und gegen jene glühendsten aller Patrioten § 3), „die durch Einverleibung gewaltiger französischer Ländermassen Deutschland sofort zu einer ganz Europa überragenden Höhe zu erheben trachten", verlangt Sybel „zur Deckung gegen Gramontsche Überfälle das Elsaß, Deutsch-Lothringen und den Bezirk von Metz". — Im Gegensatz zu den letztgenannten Autoren kommt Sybel den Ansichten Bismarcks insofern wieder näher, als er verlangt, daß das zurückgewonnene Land nicht zur Stärkung irgend eines Partikularismus verwandt, sondern daß seine Regierung keiner anderen Hand als dem Führer und Ver-

*) Die „K. Z." macht hier eine Ausnahme von ihrer Regel. Sonst ist sie in der Vertretung ihrer Ansichten (siehe § 5) so radikal, daß sie Leute mit anderen politischen Anschauungen gar nicht zu Worte kommen läßt und z. B. sogar einem Einsender das Geld für die Annonce zurückschickt, worin dieser die Erklärung bringt, daß doch Metz ein deutscher Name sei.

treter unserer nationalen Einheit, unserem königlichen Bundesoberhaupt gegeben werde. —

In einer geschichtlichen Abhandlung, die neben der Rechtsfrage bezw. der Zugehörigkeit des Elsasses und Lothringens eine Parallele zu ziehen sucht „zwischen deutschem und welschem Wesen und den Zeiten des Sturzes des römischen Kaiserreichs und des zweiten französischen, weil beide in Ursachen und Wirkungen so viele Gleichartigkeiten darbieten" — kommt Joh. Vetter*) in seinem Buche „Deutschlands Sieg über welsches Wesen und Deutschlands Recht auf Elsaß-Lothringen" (Karlsruhe bei G. Braun. 1870) zu dem Ergebnis, „daß wir nunmehr das, uns wider Recht entzogene, Elsaß und Deutsch-Lothringen wieder zurückfordern sollen". Nach eingehender Schilderung der tiefen, sittlichen und staatlichen Verderbnis des französischen Volkes meint der Verfasser, daß das Maß der Verschuldung Frankreichs jetzt voll sei und die Vorsehung seine Züchtigung dem deutschen Geist und der deutschen Kraft übertragen habe. „Und damit und mit dem Wiedererwerb seines rechtmäßigen, ihm gestohlenen Eigentumes wird sich Deutschland begnügen, das nicht auf Eroberungen ausgeht, wie einst Rom und später Frankreich; es genügt ihm, Herr im eigenen Hause zu sein — woran es so lange gehindert wurde, und wie es andere im eigenen Hause schalten und walten lassen wird — und allen seinen Söhnen, wo sie auch immer wohnen mögen, Schutz angedeihen lassen

*) Auf dem Titelblatt steht: „Joh. Vetter, beim Großh. Bad. General-Landes-Archiv zu Karlsruhe". Genaueres über den Verfasser war nicht zu erfahren. — Nach einer Mitteilung des Verlags erschien die Schrift Ende September 1870 in 5., und im Oktober desselben Jahres bereits in 6. verbesserter Auflage. Wann die erste Ausgabe der Broschüre erfolgte, ist nicht mehr festzustellen.

zu können." Unerörtert bleibt die Frage, wem diese Länder zufallen sollen, und Vetter schreibt gegen Ende der Abhandlung nur allgemein: „Da auch Metz mit einem ganzen französischen Heere von deutschen Truppen derart eingeschlossen ist, daß an ein Entrinnen der ersteren nicht zu denken ist und bereits Verhandlungen wegen der Übergabe gepflogen werden, so dürfen wir Elsaß und Deutsch-Lothringen, für welche bereits eine Verwaltung besteht, wieder unser nennen und niemand mehr, am allerwenigsten die Welschen, sollen uns diese beiden Perlen wieder entreißen.

Gegen die Forderungen der Sozialdemokraten, die da sagen: „Keine Eroberungen von Frankreich. Nur die Herrscher verschuldeten, daß sich die Völker bekämpften, selbstregiert, werden sie den Elsässern und Deutsch-Lothringern ihre Sprache und Gewohnheiten lassen", wendet sich besonders Franz Volger*) in der kleinen Schrift: „Elsaß, Lothringen und unsere Friedensbedingungen" (Anklam 1870 bei Dietze). Er betont, daß gerade bei den französischen Revolutionen „die Volksregierung die deutschen Elsässer auf das unbarmherzigste befeindete". Trotzdem habe sich aber im Elsaß und in einem guten Teil von Lothringen das Deutschtum erhalten. „Und angesichts dieser Tatsachen verlangt die sozialdemokratische Partei die Wiedergabe obengenannter Länder? Es ist richtig, die Elsässer und Lothringer fühlten sich als Franzosen ganz glücklich und werden nur ungern wieder deutsch werden; sie sind aber ehedem noch viel unlieber französisch geworden.. Gebt ihnen gute deutsche Schulen, deutsche Lehrkräfte, Beamte und deutsche Universität, sie werden Wunder wirken zur völligen Germanisierung; in einer Generation

*) Über den Verfasser war nichts Näheres zu erfahren.

werden sie ebenso gute Deutsche bilden, als es die Landauer jetzt sind, die doch auch bis 1815 unter französischer Herrschaft standen, und von denen nicht mehr einer französisch spricht." Von Lothringen sähe der Verfasser am liebsten zwar nur den noch deutsch redenden Teil annektiert; denn „nicht die Meilenzahl gibt in jetziger Zeit einem Reiche die Macht, sondern die einheitliche Stärke der Bewohner. Militärische Rücksichten werden unsere Diplomaten aber wohl bestimmen, auch die wichtige Festung Metz Deutschland neu zu erwerben, in diesem Falle wären Longwy, Diedenhofen, Metz, Chateau-Salins, Marsal, Saarburg, Schirmeck und der Wasgau die Grenzen. Allerdings wird eine Germanisierung in diesen Teilen schwerer, oft auch nicht durchführbar sein, allein selten hat ein Staat Bewohner, die nur eine Sprache reden. Ein großes Volk und mächtiger Staat kann es wohl unternehmen, auch eine Anzahl Fremder weise zu regieren. Preußen hat Polen und Dänen in seinem Gebiete seßhaft, die sich mit dem Germanismus immer mehr befreunden, es wird auch einige Franzosen noch verdauen können. Deutschland ist gezwungen, seine Grenze so gezogen zu wissen, daß sie ihm Schutz für die betreffenden Länder verspricht." Wenn aber diese Provinzen zurückgebracht sind ans Deutsche Reich, dann muß „Preußens Aar diese Länder unter seine mächtigen Fittige nehmen, es allein ist stark genug, die Lasten und Pflichten zu tragen, die ihm die Germanisierung der Bewohner auferlegt". —

In dem zweiten Teil der historischen Abhandlung: „Der Siegeszug der deutschen Idee" (Berlin 1870 bei A. Duncker) berührt Theodor Oelsner*) auch die

*) Oelsner wurde am 5. August 1822 in Breslau geboren und war Redakteur der „Schlesischen Provinzialblätter".

Frage von Elsaß-Lothringen. Unter Heranziehung von Belegstellen von Anselm Feuerbach, Arndt und Ritter kommt De. zu dem Schluß, daß die „Idee der Nationalität und der Begriff der natürlichen Grenzen" bestimmend seien für die Scheidelinie der Völker. Zur Zeit Maximilians I. und Luthers hätten diese beiden Faktoren für Deutschland eine glückliche Grenze gebildet; „und noch heute trennen der Ardennenwald, Vogesen und Jura die deutsche und französische Sprache. Wenn wir uns nun aufrichteten, unser Sprachgebiet politisch zu konstituieren — wer dürfte uns ein Verbrechen daraus machen?".. „Noch vor 4 Monaten kam es keinem ernsten deutschen Manne in den Sinn, die schamlos abgepreßten Provinzen mit Gewalttat zurückholen zu wollen, so deutsch in Rede und Sitte sie auch geblieben bis auf diese Stunde. Aber man hat uns das Schwert zur „Revision der Grenzen" in die Hand gezwungen. Heute noch erweisen wollen, daß dieser auf dem Marsche zum Angriff gewordene Krieg von 1870 ein Verteidigungskrieg ist, das nach allem, was bereits offen und dokumentarisch vorliegt, wäre Zeitverschwendung!"...

Nicht nur an den Rhein, sondern noch darüber hinaus habe Frankreich immerfort seinen Blick gewandt, und im Jahre 1836 habe Louis Napoleon selbst geäußert: „Der Löwe von Waterloo steht noch aufrecht an unseren Grenzen, unsere Fahne flattert nirgends, wo unsere Heere gesiegt haben." Gegenüber solchen Anmaßungen, „gegen den tumultuosen Zusammenstoß jener ewig drohenden Gewitterwolken roher Volksgeister, jener asiatischen Attilas-Luft aus den Zeiten wilder Völkerwanderung, welche korsische und andere Brutalitäten an die Stelle der Vorsehung setzen will", müsse ein Bollwerk errichtet werden. „Den gallischen Störenfried, der in unseren vier Wänden

nicht das mindeste anzuordnen hat, gleichviel welches Farbenbanner er aufwirft, ob Lilien, Adler oder Trikolore, wir werden ihn in Güten nimmer los, die Erfahrung bezeugt es. Durch unsägliche Leiden hat er uns 1813 zur Notwehr gestachelt, wie er uns heute durch offene Impertinenz zur Abwehr zwang und diese durch den nun auch offenkundig gewordenen Raubzugsplan nur zu sehr gerechtfertigt hat. Und wir sollten jetzt nicht Abrechnung halten? nicht die Souveraineté der Nation nach außen hin aufrichten „wie einen rocher de bronze? Nicht Garantien nehmen, die mehr als ein Stück Papier, die ein Faustpfand sind? Auch dann nicht, wenn dies Pfand unser widerrechtlich entfremdetes Erb und Eigen, unser Fleisch und Blut ist?"... „Wir wollen unsere natürlichen Grenzen herstellen da, wo man die uns aufgezwungenen „künstlichen" bedroht hat — sonst nirgends, es sei denn wiederum, daß man sie bedrohe. Wir wollen es, um unser Volkstum sicher zu stellen. Das ist alles. Wir sind keine Eroberer und Weltbezwinger!" — Wer diese neuen Grenzländer an sich nehmen und verwalten soll, darauf geht Oelsner*) nicht ein, ebenso, wie er es unterläßt, genaue Grenzen anzugeben. „Die Markſteine" — schreibt er — „die wir dabei zu achten hätten, sind die von der Geschichte aufgepflanzten." —

In der im Oktober 1870 von H. Geffcken**) bei Duncker & Humblot, Leipzig, herausgegebenen Broschüre: „Die Verfassung des deutschen Bundes-

*) Da die Schrift H. von Treitschke gewidmet ist, so teilt Oelsner vielleicht (?) dessen Ansicht, daß Preußen die neuen Provinzen übernehmen solle.

**) Die Schrift erschien anonym. — Nach einer Mitteilung des Verlags ist Geffcken der Verfasser der Broschüre.

staats", bezeichnet der Verfasser auf S. 30 als zur Kompetenz des Bundes gehörig auch die Angelegenheiten der „bundesunmittelbaren Provinz Elsaß-Lothringen". Nähere Angaben über die Grenzlinie dieses von Frankreich zu fordernden Gebietes fehlen. Entgegen fast allen anderen diesbezüglichen Wünschen fordert der Verfasser eine sofortige Teilnahme der Volksvertreter der neuen Provinz im Reichstag. „Selbstverständlich" — so heißt es — „müßte die Provinz sofort ihre Vertreter in den Reichstag senden und ihre waffenfähige Mannschaft dem Bundesheere eingereiht werden, da dies die wirksamsten Mittel zur Assimilierung sind." Der nach Vernehmung des Bundesratsausschusses ernannte Bundesstatthalter soll der Provinz gegenüber die Präsidialmacht vertreten. —

Eine schlichte und volkstümliche Darstellung bildet die Schrift des Pastor Böttcher (Mitglied des hist. Vereins für Niedersachsen) „Was fordern wir von Frankreich?" (Hannover 1870 bei Schmorl & von Seefeld). In leicht verständlichen Worten wird hier geschildert, wie die Provinzen Elsaß und Lothringen dem Reiche verloren gingen, und unter besonderer Betonung der Leidenschaft und Raubgier des französischen Volkes sucht Böttcher dem Leser klar zu machen, daß Elsaß und Lothringen unbedingt zurückzufordern seien. Moralische Garantien allein könnten bei dem unbeständigen Charakter der Franzosen nicht genügen, und gegen ihre Raublust gäbe es kein anderes Mittel, als ihre Angriffsfähigkeit zu schwächen. „Darum, ihr Väter des Volkes, schafft festere Grundlagen des Friedens denn je! Gebt nicht noch einmal das Blut unserer Söhne dem unversöhnlichen Feinde preis. Ein gnädiger Gott legte jetzt die Macht in Eure Hand. Erkennt Eure Verantwortung. Wir fordern Elsaß und Lothringen zurück, sie sind unser Gut und Blut."

— So klingen, ohne die Frage der Einfügung der neuen Provinzen im einzelnen zu erörtern, diese einfachen, in ihrer Natürlichkeit ergreifenden Worte des niedersächsischen Predigers hinaus in die bewegte Kriegszeit.

Gerade in der norddeutschen Heimat des Verfassers (Hannover und Braunschweig) war ja die Hochburg der Annexionsgegner: Welfen und Sozialdemokraten; und gegen sie besonders scheint die Schrift eine Aufklärung und Abwehr sein zu wollen. Der sachlich ruhige und doch die Begeisterung nicht unterdrückende Ton, der das 16 Seiten starke Büchlein durchzieht, scheint in der Tat dazu auch wohl geeignet.

§ 5.

Rückforderung der deutschen Sprachgebiete in Elsaß-Lothringen.

Sofern man nicht gar ein Gegner jeglicher Gebietserwerbungen war, sondern in Elsaß und Lothringen das sah, was sie tatsächlich waren und fortan sein sollten: ein Grenzwall für Deutschland —, wurde man sich in der größten Mehrzahl doch auch bald darüber klar, daß Elsaß ohne Metz diesen Schutz nur in ganz unzureichendem Maße gewähren könne, und bei aller Bewertung des Nationalitätsprinzips ließ man es bei Metz doch gern auf Kosten nationaler Sicherheit fallen. Männer wie Wagner und andere (s. § 4) erkannten das; die „Köln. Ztg." aber verschließt sich dieser Konzession ganz und gar. In bitterem Tone mahnt sie: „Man hüte sich nur, das französische Nationalgefühl allzutief und unheilbar zu verletzen, wie solches geschehen würde, wenn wir uns nicht mit dem Nationalgebiete begnügten, sondern auch fran-

zösisches Nationalgebiet in Anspruch nähmen." Ja, die „K. Z." geht noch weiter. Der Verzicht auf Metz allein genügt ihr nicht, auch Straßburg soll noch geschleift werden, und zwar aus dem Grunde: „weil wir den armen Straßburgern zur etwaigen Entschädigung für ihre entsetzlichen Verluste nichts anderes anzubieten haben, als daß ihre alte herrliche Stadt durch Entfestigung vor einer neuen noch ärgeren Zerstörung bewahrt werde". (18. September.) — Wie die „K. Z." aber bei solchen Anschauungen (12. September) schreiben konnte, „Preußen darf keinen Frieden annehmen, der nicht die strategische Sicherung der südwestdeutschen Grenze bewahrt", — ist allerdings nicht leicht verständlich. Wo blieb denn bei völliger Preisgabe von Metz und ohne die festen Wälle Straßburgs noch eine wirklich „strategische Sicherung"? Aber unter Zurückweisung „historischer Reminiszenzen" lauten die Forderungen der „K. Z." immer wieder (12. September): „Wir wollen uns nehmen, was deutsch gewesen ist — bis jetzt wenigstens überwiegend deutsch geblieben ist." ... Es wäre ganz verkehrt, „wenn wir aus strategischen Rücksichten eine Grenze in Anspruch nehmen wollten, durch die irgend nennenswerte französische Gebietsteile uns zufielen, um damit eine ewig meuterische Grenzbevölkerung zu erlangen. Den Grundsatz, daß ein Staat behaupten darf, seine Sicherheit erfordere eine Grenzlinie in dem Gebiet einer fremden Nation zu ziehen, ist der gefährlichste, den es für Europa gibt, und rechtfertigt hinterher die Franzosen, die ja ebenfalls aus strategischen Gründen die Rheinlinie in Anspruch nehmen." —

Bei solchen teilweise ebenso unrichtigen wie unpolitischen Ansichten hat es denn auch schon während des Krieges nicht an Männern gefehlt, die den Behauptungen der „K. Z." scharf entgegengetreten sind. — Die Ansichten

Bismarcks werden am 4. Oktober in der „N. A. Z." durch einen m. E. von Busch*) verfaßten Artikel vertreten, wo die „Professorenidee" der „K. Z." folgendermaßen bekämpft wird: „1000 französisch sprechende Angehörige des Verbandes der Deutschen, oder ein paar mehr schaden letzterem ebensowenig oder noch weniger als die etwas größere Anzahl von Dänen und die erheblich größere Anzahl von Slaven, die aus ähnlichen Gründen schon mit uns verbunden sind. Sie werden über kurz oder lang gern oder ungern in unser Lebensgetriebe gezogen und mit der Zeit verdaut werden wie andere nicht viel weniger unverdauliche Elemente, z. B. die Krumstabländer des Rheinlandes von Preußen verdaut und verschmolzen worden sind, woran sich die „Köln. Ztg." vor allen anderen erinnern sollte. Wenn die verehrliche Redaktion dieses Blattes dergleichen Dinge nicht begreift, wenn sie mit doktrinärer Prinzipienreiterei und Konsequenzmacherei die Erwerbung von Metz als verhängnisvolle Sünde gegen das Nationalitätsprinzip darstellt, so gehört sie unter die unpraktischen Professoren, nicht unter die Politiker." —

Auch die „Köln. Volksztg.", die doch mit ihrem Aufteilungsplan ꝛc. nicht allzutiefes praktisches Erkennen gezeigt hatte, gerät bei den Ausführungen der „K. Z." ins heilige Feuer der Begeisterung. In glühenden, patriotischen Worten wendet sie sich in dem Artikel „Metz und die Pedanten" (26. September) gegen die Doktrin

*) Am 1. Oktober schreibt Busch (Tgb. I. S. 254): „Zwei Artikel gemacht. Einen über die falsche Politik der Kölnerin für Berlin." Sowohl zeitlich als hinsichtlich der angeführten Gedanken paßt diese Notiz für den Artikel der „N. A. Z." vom 4. Oktober. — Bismarck hatte schon am 5. September Ideen wie die der „K. Z." als „Professorenidee" bezeichnet. Die Schlußworte der „N. A. Z." lauten hier ganz ähnlich.

der „K. Z." und ihrer Anhänger. „Da weiß man wirklich nicht," ruft die „Köln. Volksztg.", „wozu noch der gesunde Menschenverstand in der Welt ist, wenn solche scholastische Sophisterei höhere Weisheit sein soll. Laßt uns doch unsere armen fünf Sinne zusammenpacken und unter die Narren gehen, damit die sublimen Geister allein die Welt regieren! In der Tat, gegen diese Art von Weisheit ist eigentlich gar nichts zu sagen, gar nichts aufzustellen; es ist ein solch kompaktes Gewebe falscher Axiome und trügerischer Schlüsse, daß man ratlos ist, bei welchen Knoten man zuerst die Auflösung des Wirrwarrs beginnen soll . . . Nicht Theorien, sondern nur Garantien können Deutschland retten, und Deutschland verdient es, Deutschland hat ein Recht darauf, gerettet, geschützt und gesichert zu sein. Wir freuen uns, daß die obersten Verwalter der deutschen Sache Staatsmänner und keine Schulmeister sind." —

Aus Trier wurde an den Bundeskanzler ein von angesehenen Bürgern der Stadt unterzeichnetes Schriftstück abgesandt, worin ebenfalls gegen die Anschauung protestiert wurde, daß bei der Bestimmung der künftigen Grenze das Nationalitätsprinzip oder die Sprachgrenze als maßgebend anerkannt und sonach der französisch redende Teil von Lothringen, insbesondere die Stadt Metz, von der Annexion ausgeschlossen werden soll..." „Insbesondere aber halten wir," — so heißt es weiter — „die wir in der nächsten Nähe der bisherigen Grenze wohnen, uns für berechtigt, dagegen Protest zu erheben, daß man jener Stimmung der zu erwerbenden Landesteile eine größere Berücksichtigung angedeihen lasse als der unbehaglichen Situation, in der wir uns fortdauernd, und den ernsten Gefahren, in denen wir uns beim wirklichen Ausbruch des Krieges befunden haben."

Beachtung verdient wohl auch eine Korrespondenz der „Nat.-Ztg." „aus Thüringen", (datiert 13. September. Beil. der „Nat.-Ztg." vom 17. September), die sich folgendermaßen gegen die Anschauungen der „Köln. Ztg." wendet: „Die Berliner Adresse*) hat bekanntlich in allen thüringischen Gemeinden den lebhaftesten Anklang gefunden. Doch darf bei diesem Anlaß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß die herrschende Überzeugung hier, wie hoffentlich überall in Deutschland, neben dem Elsaß nicht etwa nur ein Stück von Lothringen, sondern, wenn irgend möglich, das ganze Lothringen fordert. In der Tat wäre es unverantwortlich, wenn selbst in dieser weltgeschichtlichen Krisis und nach so kolossalen Opfern Deutschland wieder in die Krankheit sentimentaler oder gutmütiger Michelei verfiele, oder sich durch Umtriebe von außenhin überrumpeln oder betölpeln ließe. Es ist durchaus nicht einzusehen, warum in künstlicher und kindlicher Weise die deutsche Westgrenze auf das ängstlichste nach der Sprachgrenze zurechtgezirkelt oder vielmehr zurechtgezackt werden soll. Gewiß geht uns der nationale Gesichtspunkt über alles, aber auch der strategische und politische haben ihr Recht, kraft dessen jener unter Umständen modifiziert werden muß. Es liegt auf der Hand: Haben die Franzosen Jahrhunderte hindurch sich aus deutschen Bevölkerungen einen Wall gegen Deutschland gebildet — warum soll nicht auch Deutschland das Recht haben, nötigenfalls aus französischen Bevölkerungen sich einen Wall

*) Vom 30. August 1870. — Die betreffende Stelle aus dem „Aufruf an das deutsche Volk", der zur Unterschrift dieser Adresse aufforderte, heißt: „Die Welt muß erfahren, daß Herrscher und Volk entschlossen sind, nachzuholen, was 1815 uns vorenthalten worden ist: ein freies, einiges Reich und geschützte Grenzen." (D. Revue XVII. II. 167.)

gegen Frankreich zu errichten. Nötigenfalls! Denn jenes war Habgier, dieses würde Notwehr sein. Und ist es Frankreich gelungen, gar manche deutsche Bevölkerungen französisch zu machen: warum sollte nicht auch Deutschland vermögen, dieselben Bevölkerungen wieder deutsch zu machen. Übrigens ist auch Metz noch heute in Wahrheit viel deutscher als man vielfach wähnt!"

Die „Westf. Ztg." wie die „Ostdeutsche Ztg." ziehen am gleichen Strange mit der „K. Z.". Aber die Bedeutung jener Blätter ist gering, und ihre Wünsche sind eigentlich nur Wiederholungen der „K. Z.", so daß sie hier übergangen werden können. — Das deutsche Volk hat sich schließlich doch auch sehr wenig um die seltsame Doktrin der Kölnerin gekümmert und sich durch diese in seinen Forderungen gerade so wenig beeinflussen lassen als durch den kleinen Haufen der Annexionsgegner, die im folgenden Paragraphen zu Worte kommen mögen.

§ 6.

Die Annexionsgegner.

I.

a. Die Vorschläge der „Berliner Volkszeitung", aus Elsaß und Lothringen eine Republik zu machen.

b. Die von den Industriellen vorgebrachten Bedenken bei einem Erwerb des Elsaß durch Deutschland.

a.

Unter all den Wünschen über die Zukunft Elsaß-Lothringens nimmt die fortschrittliche Berliner „Volkszeitung" eine so seltsame Stellung ein, daß sie gesondert betrachtet werden muß.

Zwar hatte sie am 31. August Front gegen die Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen, Bayern oder Baden gemacht und mit den vielversprechenden Worten geschlossen, „nicht die Vergrößerung Preußens, sondern die Einheit Deutschlands und die Unschädlichmachung Frankreichs ist das Ziel", — Worte, die so verheißungsvoll klangen, daß Bismarck darüber sagte (Busch, Tgb. I. S. 175): „Sehr vernünftig und wert, daß man darauf aufmerksam mache"; — aber bald zeigte die „Volksztg." doch, in wie ganz anderer Weise als der große Realpolitiker sie sich die Zukunft Elsaß-Lothringens dachte. Am 3. September heißt es in ihrem Leitartikel: „Reißt man diese Lande von Frankreich ab, so ist deren Konstitution zu einer selbständigen Republik, welche an die Schweiz anlehnt, am leichtesten zu bewerkstelligen. Es würde dies ein kleiner Staat von gemischter Nationalität sein, wie es die Schweiz auf der einen Seite und Belgien auf der zweiten Seite ist. Ein neutraler Staat kann dies nicht werden, denn der neutrale Kordon würde ebenso Deutschland den Weg nach Frankreich versperren wie umgekehrt. Es muß mehr sein, es muß ein Deutschland verbündeter und unter Deutschlands Schutz stehender republikanischer Staat sein, dessen Anschließen an Frankreich wir im Friedensschluß für immer verbieten können, für dessen Selbständigkeit gegenüber Frankreich wir einzustehen haben." Es waren das aber doch seltsame Vorschläge. Noch war Deutschland mitten im blutigen Kriege mit Frankreich begriffen, dessen Ende nicht abzusehen war. Und daß Frankreich auch ohne Gebietsabtretungen über kurz oder lang für die erhaltenen Schläge abermals zu den Waffen greifen würde, wurde allgemein angenommen. Da sollte Deutschland jetzt, ohne selbst gegen den kriegerischen Nachbar bessere Grenzen errungen zu haben, auch noch den Schutz einer Republik

übernehmen, deren Bevölkerung zum größten Teile gar nicht zu uns gehören wollte?*) — Das Unpraktische dieses Vorschlages erkennend, entgegnete Franz Duncker**) am 13. September auf diese Ausführungen der „Volksztg." in demselben Blatte, daß er in der selbständigen Republik nur ein Scheinwesen erkennen könne, „aus dem der Drang der Umstände unter mannigfacher Gefahr bald etwas ganz anderes machen würde." — Der weitere Vorschlag Dunckers, Elsaß und Lothringen zum Reichslande zu machen, fand natürlich bei der „Volksztg." wenig Anklang; und A. Bernstein (Aaron Bernstein wurde 1812 in Danzig geboren, leitete seit 1853 die „Volksztg." und starb im Jahre 1884) wirft ihm (am 18. September) vor, daß sein Plan nicht weniger Bedenken enthalte als einfache Annexion (das sollte sie doch auch wohl sein!) und verlangt abermals die Bildung einer Republik aus den Westmarken. Den Ausdruck „selbständige Republik" läßt er freilich fallen und schränkt deren Rechte auch insofern jetzt stark ein, als Deutschland die Militäroberhoheit und diplomatische Repräsentation ausüben soll. Nur in den inneren Angelegenheiten sollte die Republik ihre eigene Leitung besitzen. — Obwohl hier ja schon große Einschränkungen

*) Ähnliche Bedenken sprach auch Bismarck am 12. September in einem Schreiben nach Karlsruhe aus, wo es hieß: „ . . . Ein neutraler Zwischenstaat wie Belgien oder die Schweiz ist nichts für uns, da sich ein „solcher bei wieder ausbrechendem Kriege unzweifelhaft Frankreich anschließen würde." (M. Busch. Tgb. I. S. 190.)

**) Aus dem schönen Aufsatz Dunckers sei u. a. noch hervorgehoben, daß D. launig sagt: „Einer selbständigen Republik müßte man doch auch das Recht der Präsidentenwahl lassen. Wie nun aber, wenn Elsaß-Lothringen Napoleon dazu wählte? — D. wurde geboren im Jahre 1822 und starb im Juni 1888. Bis zum Jahre 1877 war er Mitglied des preußischen Landtags und deutschen Reichstags.

gegenüber dem ersten Vorschlag gemacht werden, so hätte auf diese Weise eine wirkliche Zuneigung und innere Wiedergewinnung des Elsasses für Deutschland doch wohl nie stattgefunden, und was Treitschke schon früher einmal über den neutralen Staat gesagt hatte, das wäre bei einer derartigen Republik doch sicher eingetreten: „der elsässische Landtag wäre ein „Tummelplatz des Vaterlandsverrats, französischer Ränke und des allerverwerflichsten Partikularismus" geworden.

b.

An dieser Stelle mögen auch die Anschauungen einer Gruppe von Kaufleuten Erwähnung finden, die aus Besorgnis um ihre Handelsinteressen die Erwerbung von Elsaß-Lothringen entweder ganz verwarfen oder doch auf einen geringen Teil dieses Gebietes beschränkt wissen wollten. Es waren das größtenteils Baumwoll-Industrielle, die ihr Geschäft ruiniert glaubten, wenn das gewerbfleißige Elsaß zu Deutschland käme. So richtete u. a. (nach einer Mitteilung in der „Nat.-Ztg." vom 2. November) der Ausschuß süddeutscher Industrieller in Stuttgart an den König von Preußen eine Adresse, die auf nichts geringeres hinauslief, als „die industriellen Teile des Elsaß von der Annexion auszuschließen". — Um diese uns heute doch sehr engherzig erscheinenden Anschauungen indes verstehen zu können, ist es wohl nicht unangebracht, sich daran zu erinnern, daß im Jahre 1870 nach einem Bericht der Gladbacher Handelskammer die Elsässer Baumwoll-Industrie sowohl an Zahl der Spindeln als der Webstühle den Zollverein weit übertraf. Um so erfreulicher ist es aber zu konstatieren, daß die Besorgnisse einzelner Kaufleute alsbald von einer Reihe der größten deutschen Handelskammern widerlegt werden, die neben

der Verschärfung der Konkurrenz doch auch die Erweiterung des Absatzgebietes anerkennen. Darin kommen freilich alle Berichte überein, daß bei den neuen mit Frankreich abzuschließenden Zollverträgen dahin gestrebt werden müsse, daß der französische Einfuhrzoll — besonders für Wollwaren — nicht höher sei als der deutsche. — In diesem Sinne lautet ein einstimmig zum Beschluß erhobener Antrag der Handels- und Gewerbekammer zu Chemnitz vom 13. Oktober (abgedruckt in der „Nat.-Ztg." vom 19. Oktober): „Die Kammer wolle ihre Erklärung dahin abgeben, daß die Handels- und Gewerbekammer in Chemnitz in der Abtretung von Elsaß-Lothringen an Deutschland für die deutsche Industrie, beziehentlich für die Industrie des diesseitigen Kammerbezirks, eine Schädigung (möglicherweise mit Ausnahme der Baumwollspinnerei nach Ansicht der meisten Vertreter derselben) nicht zu erkennen vermag und daß sie, wenn sie auf der einen Seite eine neue, nicht unbedeutende Konkurrenz erwachsen sieht, auf der andern keineswegs die Befürchtung hegt, daß die deutsche Industrie jener im allgemeinen nicht begegnen könne, daß aber nicht zu unterschätzen sei, welch wichtiges Absatzgebiet derselben gleichzeitig hierdurch eröffnet wird..."

Nach der „Nat.-Ztg." (vom 19. Oktober) lag der Dresdener Handels- und Gewerbekammer dieselbe Frage vor. „Das die Differenzialzölle vertretende Minoritätsvotum der Kommission, welches auch von einer Schädigung der Baumwoll-, Wollen- und Maschinenbranche durch die Aufnahme des Elsaß und Lothringens sprach, blieb ganz unberücksichtigt und wurde von keinem Redner befürwortet. Die Kammer nahm gegen eine Stimme folgenden Antrag an: „Bei dem Eintritt des Elsasses in den Zollverein werden allerdings einzelnen Industriezweigen

Schwierigkeiten durch die Konkurrenz des neuen Landesteiles erwachsen, im allgemeinen werden aber Handel und Industrie im Zollverein nur gewinnen, wenn das Absatzgebiet erweitert wird, und wenn es zugleich gelingt, für die Einfuhr nach Frankreich einen Tarif zu erreichen, welcher dem Elsaß sein bisheriges Absatzgebiet möglichst sichert und gleichzeitig der deutschen Industrie den französischen Markt besser erschließt." —

Endlich möge hier noch der Beschluß der Handelskammer der bayerischen Rheinpfalz angeführt werden, die zu folgendem Resultat gelangt: „Die neuen Gebietsteile, in denen sich eine Reihe großer Industrien ausgebildet hat, laufen Gefahr, ihren gewohnten Absatz nach Frankreich einzubüßen, ohne dafür im Zollverein vollen Ersatz zu finden, während der zollvereinsländischen Industrie aus der Erweiterung Deutschlands über Elsaß und das Moseldepartement in verschiedenen Industriezweigen eine Konkurrenz erwächst, welcher manche bestehende deutsche Geschäfte nicht gewachsen sind. Es gilt dies namentlich in bezug auf Baumwollgarn und Nessel, Kammgarne und Wollstoffe, Eisen, Maschinen, Steingut, Soda. Die Erhaltung des französischen Absatzgebietes würde daher besonders für die erwähnten Artikel mit allen möglichen Mitteln anzustreben sein". — Unter diesen Umständen sollte man bei Abschluß eines neuen französischen Handelsvertrages möglichst dahin streben, „dem Prinzip der Handelsfreiheit größere Geltung zu verschaffen und zu verhindern, daß die französischen Einfuhrzölle höher normiert werden als die deutschen, denn nur dadurch wird es gelingen, der Industrie in dem neu erworbenen Gebiet den gewohnten Absatz nach Frankreich möglichst zu erhalten und ihrer Auswanderung vorzubeugen".

II.

Unbedingte Annexionsgegner.

Die internationalen Bestrebungen des Proletariats wie auch ihre Gegnerschaft von einem tüchtigen, schlagfertigen Berufsheer („geschleifte Festungen braucht man nicht zu bewahren") meint die „Zukunft"*), mußte die Sozialdemokratie folgerichtig auch zu einer Feindin jeder Gebietserwerbung machen; denn diese sollte doch — allerdings unter Betonung früherer Reichszugehörigkeit — hauptsächlich der Sicherung Deutschlands dienen.

So fordert denn der „Braunschweiger Ausschuß" vom 5. September Massenversammlungen, „möglichst großartige Kundgebungen des Volkes gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen... Die deutschen Arbeiter werden im Interesse Frankreichs wie Deutschlands, im Interesse des Friedens und der Zivilisation gegen die kosakische Barbarei die Annexion von Elsaß und Lothringen nicht dulden".

Mit solchen Worten führt die Sozialdemokratie ihren Kampf gegen jedwede Annexion.**) Voll bitterer Ironie ruft die „Zukunft" am 17. September in bezug auf das Dichterwort „So weit die deutsche Zunge klingt": „Die

---

*) Die Zeitung nennt sich noch „fortschrittlich", vertritt aber schon ganz sozialdemokratische Ideen. Sie wurde herausgegeben von Jacoby in Königsberg.

**) Den Standpunkt der Sozialdemokratie vertritt auch eine kleine politische Gruppe in Königsberg, die ganz unter dem Einfluß Jacobys stand. In einer Versammlung zu Königsberg i. Pr. nahmen die Anhänger dieser Partei folgende Resolution an: „Die hier versammelten Mitglieder der Volkspartei sprechen ihre Überzeugung dahin aus, daß weder die Kriegsführung Napoleons, noch die Waffentaten der deutschen Heere dem Sieger das Recht geben, über das politische Geschick der Bewohner von Elsaß und Lothringen zu verfügen. — Auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker, im Interesse der Freiheit und des Friedens

deutsche Zunge wird endlich so weit klingen, daß sie zu lallen beginnt und gar nicht mehr imstande ist, ein Manneswort zu artikulieren". —

Die Stimmen des deutschen Volkes, das doch in großer Einmütigkeit die früheren Grenzlande zurückforderte, werden völlig ignoriert. Allein als persönliche Willkür des Grafen Bismarck wird die Erwerbung Elsaß-Lothringens bezeichnet. „Das Junkertum [gemeint ist Bismarck] nutzt den Krieg für sich aus," schreibt der „Volksstaat" am 3. September und erklärt diese Behauptung am 1. Oktober mit den Worten: „Die französische Republik zu zerstören ist für Graf Bismarck von tausendmal größerer Wichtigkeit als Elsaß-Lothringen zu annektieren".

Bei dieser Art der sozialistischen Opposition hat es aber auch an Worten tiefster Entrüstung seitens patriotisch gesinnter Männer nicht gefehlt, die diese Schmähungen und falschen Verdächtigungen ebenso derb und energisch zurückwiesen.

H. von Treitschke ruft am 25. September in den „Preuß. Jahrbüchern": „Schlechte Gesellen, die noch vor

protestieren sie gegen jede gewaltsame Annexion französischen Ländergebietes."

Und Johann Jacoby begründete diesen Beschluß mit den Worten: „Unsere Pflicht ist es, solchen Bestrebungen nationaler Selbstsucht entgegenzutreten. Halten wir fest an den Grundsätzen des Rechts — wie im Privatleben, so im öffentlichen Leben! sprechen wir es aus: — als unsere tiefinnerste Überzeugung, daß jede Einverleibung fremden Ländergebietes wider den Willen seiner Bewohner eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und daher ebenso verwerflich wie verderblich ist. Unbeirrt durch den Siegestaumel des Augenblicks lassen Sie uns Protest erheben gegen jede Vergewaltigung der Bewohner von Elsaß und Lothringen. Nur wer die Freiheit anderer achtet, ist selber der Freiheit wert."

Auf Grund dieser Resolution wurde Jacoby — ebenso wie der Braunschweiger Ausschuß — verhaftet.

wenigen Wochen den deutschen Waffen die Niederlage wünschten, erdreisten sich heute im Namen der Sittlichkeit uns vor dem Raube zu warnen; phantastische Verbrecher der republikanischen Phrase preisen den Heldenmut des Leonidas von Laon und verfechten die Unantastbarkeit des heiligen Bodens der Freiheit". —

Sybel aber schreibt in der „Köln. Ztg." am 19. September: „Wir danken Gott, daß unser Gewissen nicht die Last dieser (sozialdemokratischen) Verantwortung zu tragen hat, aber es wäre mehr als Leichtsinn, wollten wir unsere Sicherheit auf die dankbare Gesinnung Frankreichs, und nicht einzig und allein auf unsere eigene Stärke bauen".

Schlußwort.

Werfen wir einen Rückblick auf die Publizistik Norddeutschlands, soweit sie sich mit dem Erwerb Elsaß-Lothringens beschäftigt, so sehen wir, daß hier zwei Fragen nebeneinander herlaufen: w i e v i e l sollen wir fordern? und w e r soll die neuen Grenzlande erhalten?

Für die Zusammenstellung des Materials in den einzelnen Abschnitten der vorliegenden Arbeit war allein die erste Frage ausschlaggebend, und es ist im Zusammenhange gezeigt worden, wie weit die Forderungen hier gingen: Es gab absolute Annexionsgegner, solche, die nur — oder doch vorzugsweise — deutsch gebliebenes Gebiet annektieren wollten, und auch solche, die allein die militärische Sicherheit Deutschlands im Auge hatten bei der Formulierung ihrer Wünsche.

Wenn wir nun diese Gruppen im einzelnen betrachten, so ergibt sich aus den obigen Zusammenstellungen, daß in jedem Abschnitt die einzelnen Personen und Organe immer nur hinsichtlich der Größe ihrer Forderungen über-

einstimmen; irgend ein politisches Band aber einigt sie nicht. Neben den Konservativen muß da z. B. in demselben Paragraphen die „Köln. Volkszeitung" genannt werden, und an anderer Stelle tritt die „Voss. Ztg." mit ihren Wünschen an die Seite der offiziösen Organe. —

Fassen wir aber die zweite Frage, die uns bisher nur im Rahmen jener ersten entgegentrat, noch für sich selber ins Auge, die Frage: „Wer soll die neuen Provinzen erhalten?" — so zeigt sich auch da die größte Mannigfaltigkeit der Wünsche, und keine Partei besitzt nach dieser Richtung hin ein bestimmt ausgesprochenes Programm. Ein charakteristischeres Beispiel hierfür, als es uns die „Kreuzztg." bietet, ist wohl kaum denkbar: Sie selbst geht gar nicht auf dies Thema ein, in ihren Beilagen aber verlangt der eine (cf. S. 37), man solle das Elsaß an Baden geben, und dieses solle dafür sein pfälzisches Gebiet nördlich vom Neckar zur Verfügung stellen, ein zweiter (cf. S. 37) wünscht, man solle den Landgewinn neidlos dem Könige von Preußen übergeben, denn der Süden brauche weiter nichts als Schutz, und den könne Preußen am allerbesten gewähren, und wiederum ein dritter (cf. S. 37) meint, die günstigste Lösung der schwebenden Frage sei die, die neuen Provinzen „als freies deutsches Reichsgebiet zu erklären". — Dies Beispiel der „Kreuzztg.", das man übrigens an der „Nat.-Ztg." wiederholen könnte, zeigt, daß man auch bezüglich dieses Punktes (d. h. Art der Einverleibung) nicht von Parteiwünschen sprechen kann, sondern daß es sich dabei nur um die Anschauungen einzelner Personen handelt. — Eine Ausnahme hiervon macht nur die Sozialdemokratie. Hier fallen Tendenz und Partei vollständig zusammen; allerdings ist hier auch wieder zu berücksichtigen, daß die Sozialdemokratie nicht positiv, sondern nur negativ in die Annexionsfrage eingreift.

Wenn die früheren Unitarier und ein großer Teil der Nationalliberalen Elsaß-Lothringen für Preußen forderten, so machen das ihre Einheitsbestrebungen und die Begeisterung der großen Tage, wo die preußische Armee und Diplomatie sich so glänzend bewährte, wohl verständlich.*) — Indessen schon bei H. v. Treitschke, der doch am glühendsten die preußische Annexion des Elsaß vertritt, finden wir am Schluß seines Aufsatzes: Was fordern wir von Frankreich? (cf. S. 50) die Einschränkung, daß zur Erreichung der politischen Einheit Preußen event. selbst in das Opfer einer teilweisen Abtretung der neuen Gebiete an Bayern einwilligen müsse. Auch Blanckenburg (cf. S. 25) vertritt diesen Grundsatz. Am schärfsten ausgeprägt aber finden wir diesen Gedanken bei der Gruppe Lasker, Forckenbeck, Bennigsen. (Cf. S. 53 f.) Hier tritt die Annexionsfrage ganz hinter ihren Bemühungen um die Erreichung der politischen Einheit zurück. „Sollte die Abtretung erworbener Lande an süddeutsche Staaten das Zustandekommen des Gesamtbundes bedingen, so erscheint uns für dies letzte Ziel kein Opfer zu groß", schreibt Lasker am 24. August an Kiefer. Hier erfahren wir also,

*) Bedeutungsvoll ist es, daß auch der Süden sich vielfach für die Zuweisung der neuen Provinzen an Preußen verwandte. — Es liege im Interesse Süddeutschlands — so hören wir aus diesen Kreisen —, daß der Schutz seiner Grenzen dem mächtigen Preußen anvertraut würde, und auch das preußisch-deutsche Interesse erfordere eine solche Regelung der Frage. Denn dadurch würde Preußen genötigt werden, „sich süddeutschem Geist mehr als bisher zu akkomodieren". — In der vorliegenden Abhandlung kommt der Süden ja nur gelegentlich zu Worte. Vergl. für die Stimmung dieser Länder die Korrespondenz aus „Württemberg" in der Beilage der „Kreuz-Ztg." (S. 37) und den Bericht des „Süddeutschen" in der Beilage der „Nat.-Ztg." (S. 42) sowie die Briefe von Hölder und Kiefer (S. 55 f.).

daß der neue Besitz möglicherweise auch als ein Mittel zur Erreichung der Einheit des Reiches verwandt werden muß. Daß aber unter solchen Umständen die Form der Einverleibung den Vertretern dieser Gruppe nebensächlich erscheinen mußte, ist wohl erklärlich. —

Wenn wir nun diejenigen Stimmen prüfen, die die Ansicht vertreten, daß man aus den Grenzprovinzen ein Reichsland bilden müsse, so sehen wir, daß sich hier zwei innerlich ganz verschiedene Gruppen zur Erreichung desselben Zieles zusammen gefunden haben. Auf der einen Seite sind es die Freunde der „Spenerschen Zeitung"*), die die Schaffung eines Reichslandes vor allem deswegen fordern, damit dies neue Gebiet eine „gemeinsame Bürgschaft des ewigen Bundes zwischen Norden und Süden" werde. Auf der anderen Seite aber plädieren die Anhänger der „Voss. Ztg." für ein Reichsland, weil sie fürchten, daß bei einer preußischen Annexion des Elsaß das ihnen verhaßte „Großpreußentum" auch in den neuen Westmarken Wurzel fassen könnte.**)

Eine ganz eigenartige Stellung hinsichtlich der Zuweisung Elsaß-Lothringens nimmt die „Köln. Volksztg." ein. Ihr seltsamer Vorschlag, Preußen solle alles annektieren und die Südstaaten entschädigen, oder aber das Elsaß solle an Baden und Bayern verteilt und Lothringen an Preußen

---

*) Hierher gehören u. a. Sybel und Bohlmann (cf. S. 31 u. 62). Der letztere bringt fast dieselben Gründe vor wie die „Spen. Ztg." — Es sind das alles Gedanken, die den Anschauungen Bismarcks (cf. § 1) nahe stehen, und möglicherweise ist die „Spen. Ztg." auch nach dieser Richtung hin vom Hauptquartier aus beeinflußt worden.

**) Vergl. die Ausführungen der „Voss. Ztg." vom 2. September (S. 47) und die Korrespondenz der „Nat.-Ztg." vom 22. September, Beilage. (S. 43.)

übergeben werden, findet allerdings seine Erklärung in den partikularistischen Tendenzen dieser Zeitung.

Über das zeitliche Vorkommen und den Fortschritt der Zuteilungsfrage ist kaum noch etwas zu sagen. Es ist nur natürlich, daß die Zeitungen und Zeitschriften sich erst dann eingehender mit der staatsrechtlichen Einfügung Elsaß-Lothringens in Deutschland befassen, als die Annexion dieser Länder schon als etwas Selbstverständliches hingenommen wurde. — Einen zeitlichen Fortschritt in der Behandlung dieser Materie habe ich dann — außer bei der „Voss. Ztg." — (cf. S. 47) — nirgends mehr entdecken können. Die einmal gefaßte Meinung wird überall bis zum Schluß aufrecht erhalten, und die „Köln. Ztg." ist ja ein lebendiges Beispiel dafür, wie wenig man geneigt war, sich von anderer Seite belehren und bestimmen zu lassen. —

Sowohl in bezug auf den Umfang der Annexionen wie auch ihre Zuweisung herrschten also im deutschen Volke doch sehr verschiedene Ansichten. — Sehen wir aber einmal von den Sozialdemokraten ab, die damals doch noch nicht sehr zahlreich waren, und lassen wir auch den Vorschlag der Berliner „Volkszeitung" außer Betracht, so erklingt aus den Forderungen der anderen, mögen sie untereinander teilweise auch noch so sehr abweichen, der Ruf nach den entfremdeten Brüdern doch mit so großer Einmütigkeit immer wieder durch, daß Bismarck mit vollem Recht den Einmischungsversuchen des Auslandes „die einmütige Stimme der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes" entgegenhalten konnte. (Vergl. das Rundschreiben Bismarcks aus Meaux, 16. September 1870.)

Gewiß sind dem Kanzler besonders die Stimmen derer willkommen gewesen, die über die Zukunft Elsaß-Lothringens so dachten wie er selbst. Beeinflussen aber läßt er sich nirgends, und gern oder ungern müssen alle

seinem eisernen Willen sich beugen. Diese zähe und kluge Energie, die den Kanzler auch in den schwierigsten Augenblicken, besonders in den beiden letzten Monaten des Jahres 1870, nie verließ, hat ihn ja dann auch glücklich und sicher über alle Schwierigkeiten hinweggeführt, die ihm zuletzt noch entgegentraten, als die Parole hieß: Frieden mit oder ohne Metz? —

Wie lebhaft auch immer sich die deutsche Publizistik mit der Annexionsfrage beschäftigte, und so erwünscht dem Kanzler das einmütige Verlangen des Volkes nach Elsaß-Lothringen auch war, selbständig und unbeeinflußt hat doch Bismarck die Annexionsfrage gelöst; und ihm haben wir es zu danken, daß der Wunsch Alfred Meißners sich erfüllte: „Wieder zwischen deutschen Marken stark und ruhig fließt der Rhein".

II. Luxemburg.

Naturgemäß stand bei der Erörterung der Frage von Territorialerwerb die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens oben an; aber bei dem Ausschauen nach der Westgrenze fiel der Deutschen Blick auch noch auf ein anderes Ländchen, das wenige Jahre zuvor im Brennpunkt des politischen Lebens gestanden hatte: es war das Herzogtum Luxemburg. — Der Sturm der Entrüstung der öffentlichen Meinung in Deutschland, der bei den Annexionsgelüsten Frankreichs im Jahre 1867 entfacht war, war durch die Londoner Konferenz nur zum Teil beschwichtigt worden, und viele sehnten sich jetzt, wo man einen günstigen Augenblick gefunden zu haben glaubte, nach einer befriedigenderen Lösung der Luxemburger Frage.

Zahlreich sind die Stimmen, die sich in dieser Angelegenheit vernehmen lassen, freilich nicht; aber da sie uns in Blättern wie die „Köln. Ztg." und die „Preuß. Jahrb." entgegentreten, so haben sie doch wohl Anspruch auf eine besondere Beachtung, um so mehr, da ihre Forderungen kaum voneinander abweichen: Frankreich soll nach den erlittenen Niederlagen einfach gezwungen werden, seine Zustimmung zur Aufhebung der Neutralität Luxemburgs zu geben, falls es überhaupt noch Wert darauf legt; denn Luxemburg wird, wenn Deutschland im Besitz der Vogesengrenze ist, fortan keine Bedrohung Frankreichs mehr bedeuten.

Von den übrigen Garanten erwartete man keinen ernstlichen Widerspruch. „England, Rußland und Österreich" — so meint die „Köln. Ztg." — „haben nicht das mindeste Interesse, Luxemburgs Wiedervereinigung mit dem Lande, dem es seit 1000 Jahren angehört, zu hindern. Im Gegenteil, diese Staaten betrachten ihre Garantie nur als eine Last, die sie auf sich genommen haben, damit Luxemburg nicht der Zankapfel zu einem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich werde." — Auch Ad. Wagner meint in seinem Buche: „Elsaß und Lothringen", daß nach Frankreichs Einwilligung „die anderen europäischen Garanten der neugebackenen Neutralität dieses Ländchens keinen Grund zum Widerspruch mehr hätten". — Holland sollte durch Zahlung des Kaufpreises entschädigt werden, den Frankreich geboten hatte; und Bohlmann (siehe S. 31) ist der Ansicht, daß diese Mittel der Kriegskontribution entnommen werden könnten.

Der „N. A. Z." wird in demselben Sinne schon am 11. September aus Göttingen geschrieben: „Da der König der Niederlande seine Rechte schon an Frankreich verkaufen wollte, so wird er keinen Anstand nehmen, sie für denselben Preis an Deutschland zu überlassen."

Auch Treitschke*) tritt in den „Preuß. Jahrbüchern" mit begeisterten Worten für die Aufnahme Luxemburgs in den Deutschen Bund ein, und er schreibt am 25. Oktober: „Der Friedensschluß kann und soll die Gelegenheit bieten, Luxemburg dem Deutschen Reiche

*) Schon am 3. August (P. J. XXVI. S. 244) hatte Treitschke seine Stellung zur Luxemburger Frage mit den Worten charakterisiert: „Nur einmal sahen diese Jahrbücher sich gezwungen, der diplomatischen Haltung des Norddeutschen Bundes zu widersprechen: zur Zeit des Luxemburger Handels."

724780 A

einzuverleiben". Nach Entschädigung der Oranier wären dann die Nassauer als Bundesfürsten einzusetzen.

Außer Elsaß und Deutsch-Lothringen fordert auch Franz Volger in seiner Schrift: „Elsaß-Lothringen und unsere Friedensbedingungen" eine Erwerbung Luxemburgs. Er meint darüber auf Seite 7 genannten Buches: „... Auch wäre beim Friedensschluß mit Frankreich die Möglichkeit gegeben, daß dieses mit einem Erwerb Luxemburgs von Holland sich einverstanden erklärte. Der über die Neutralität Luxemburgs geschlossene Vertrag ist gewissermaßen schon als gebrochen zu betrachten. Eine Lossagung hiervon sollte ja einen Kriegsfall nicht herbeiführen, und Holland wird froh sein, daß ihm diese Last, wie es selbst sagt, unter günstigen Bedingungen abgenommen wird".

Nicht unerwähnt bleiben möchte an dieser Stelle auch eine interessante Preßstimme aus Luxemburg selbst. Der „Volksztg." zufolge fordert nämlich auch die „Luxemburger Zeitung" unbedingt einen Eintritt Luxemburgs in den Deutschen Bund, und sie weist die Dringlichkeit dieses Eintritts als unerläßliche wirtschaftliche Notwendigkeit nach.

Beachtenswert ist besonders der Umstand, daß diejenigen (z. B. Wagner und die „K. Z."), die eine Annexion des französischen Lothringens mit Metz verwarfen, dafür Luxemburg fordern. —

Bismarck ist dieser Frage hauptsächlich erst im späteren Verlauf des Krieges näher getreten, als sich die Schwierigkeiten der Erwerbung von Metz immer mehr verdichteten. Als ihm die Eroberung jener Festung dennoch möglich wurde, hat er die Luxemburger Angelegenheit auch bald wieder fallen lassen.

III. Kolonien.

Wünsche, die über eine Annexion Elsaß-Lothringens oder gar Luxemburgs hinausgehen und sich auch auf den Erwerb von französischen Kolonien erstrecken, finden sich in dieser Epoche nur sehr sparsam.

Das neue Deutschland war erst im Entstehen begriffen, und für eine große Überseepolitik war doch auch die Kriegsflotte noch zu klein. — Der überwiegenden Mehrzahl der Politiker aber fehlte für die Wichtigkeit des Kolonialbesitzes auch noch das richtige Verständnis und der weitschauende Blick.

So erklärt es sich denn auch wohl, daß die „Grenzboten" für die Leute, „die heutzutage meinen, wir Deutsche, da wir ein großes Volk geworden, müßten doch nun auch unsere Kolonien haben", — den derben Vergleich bringen, daß sie ihnen vorkämen, wie der König Friedrich I., der nach seiner Krönung sich eine Maitresse anschaffte, um auch darin à la Louis XIV. zu sein. Eine schärfere Abweisung jeder Kolonialwirtschaft ist wohl kaum jemals ausgesprochen, aber die „Grenzboten" vertraten eben den Standpunkt, daß „die ganze Politik des Kolonialhandels dem Kreise längst überwundener sittlicher Vorstellungen angehöre". —

Ganz ähnlich scheint auch H. B. Oppenheim*) gedacht zu haben, der gelegentlich einer Äußerung über

*) Geb. 1819 zu Frankfurt a. M., war von 1873—1877 Mitglied des Reichstags, wo er der nationalliberalen Partei angehörte. Gestorben zu Berlin im Jahre 1880.

Elsaß-Lothringen („Nat.-Ztg." 28. August) schreibt: „So wenig wie an Kolonialbesitz, wollen wir an Untertanenlanden fremder Herkunft unsere Kraft vergeuden".

Das waren nun freilich Anschauungen, die von vornherein sich Kolonialerwerbungen durchaus feindlich entgegenstellten; aber hier und da vernehmen wir in der damaligen Presse doch auch schon Stimmen, die Kolonialentschädigungen von Frankreich fordern, deren Besitz unserer Zukunft sicherlich von großer Bedeutung geworden wäre.

So wünscht Bohlmann (siehe S. 31) besonders Flottenstationen für den Weltverkehr auf den Freundschaftsinseln (Tahitikette) im Stillen Ozean, ferner Guadeloupe und Martinique in West-Indien und die Insel Bourbon im Osten Afrikas. Als Basis für Ost-Asien werden des weiteren die französischen Besitzungen in Indien in Betracht gezogen. —

Auch in der Beilage zur „Kreuz-Ztg." werden am 18. September Kolonien für unsere Auswanderer, Missionen und unseren Welthandel gewünscht. Da der Verfasser in letzterem jedoch nicht bewandert zu sein scheint, so schließt er seine Betrachtungen mit den Worten: „Technische Autoritäten mögen an maßgebender Stelle erwägen und proponieren, wo und wieviel Deutschland fordern soll! Aber auf keinen Fall Frieden mit Frankreich ohne deutsche Kolonial-Akquisitionen". —

Desgleichen meint Ernst von Weber*) in dem Aufsatze „Der Kampfpreis, den wir von

*) Geb. im Jahre 1830 zu Dresden. Nach dem Besuch der Bergakademie zu Freiburg und der Universität zu Berlin machte er große Reisen nach Südeuropa, Asien, Afrika und Amerika. In die Heimat zurückgekehrt, wandte er sich lebhaft der deutschen Kolonisationsfrage zu.

Frankreich fordern müssen" („Nat.-Ztg." 20. September, 3. Beilage), daß man sich beim Friedensschluß mit der Rückforderung des Elsaß und Französisch-Lothringens nicht begnügen dürfe; denn sie seien zu einer Zeit vom deutschen Reichskörper gewaltsam abgetrennt, wo dieser selbst nicht imstande war, sein Eigentum zu schützen. „Es ist demzufolge vollständig unstatthaft, uns bei den eventuellen Friedensverhandlungen Elsaß und Lothringen als eine Kriegsentschädigung in Rechnung setzen zu wollen, denn ein zurückerstatteter Raub ist keine Kriegsentschädigung..."

„Die Gerechtigkeit, die Pflicht gegen unser eigenes Vaterland gebieten uns, der reichen Nation, die mit verbrecherischer Gewissenlosigkeit und ohne irgend einen gerechten Grund ein friedliches Nachbarvolk mit Krieg überzog und die sich fortwährend ihrer unerschöpflichen Hülfsquellen rühmt, eine größere Sühne aufzuerlegen. Vom französischen Staatskörper noch weitere Stücke als die mit Recht uns zugehörigen deutschen Provinzen loszutrennen, verbieten uns Klugheit und eigenes Interesse, denn es würde uns dadurch für die Zukunft nur ein zweites Venetien geschaffen, dessen gewaltsame Niederhaltung uns allerlei Verlegenheiten bereiten und den europäischen Frieden auf lange Zeit gefährden würde. Aber nach anderen Richtungen hin kann sich Deutschland einen glänzenden Siegespreis holen. Deutschland braucht Kolonien..."

„Frankreich besitzt seit wenigen Jahren eine Kolonie, deren Akquisition für Deutschlands Zukunft von einer unberechenbaren Wichtigkeit sein würde. Ich meine die neue Provinz Cochinchina. Jeder, der die stetig fortschreitende großartige Zunahme des Handels in den ost-

asiatischen Meeren kennt, und weiß, welcher ungeheuren Entwicklung derselbe noch in Zukunft fähig ist, muß Deutschland Glück wünschen, wenn es jetzt Gelegenheit hat, sich in den Besitz einer so günstigen, merkantilisch und strategisch gleich wichtigen Position zu setzen, die zugleich (und wir sagen das ohne Schwärmerei) den Kern eines zukünftigen deutsch-indischen Kolonialreichs abgeben würde, welches sich naturgesetzlich nach und nach in derselben Weise um diesen Kern herumkristallisieren würde, wie sich im Laufe der Zeiten aus den kleinen anfänglichen Besitzungen der Engländer und Holländer in Ostindien die beiden großartigen Kolonialreiche, das eine mit 195 Millionen, das andere mit 20 Millionen Untertanen gebildet haben..." Über die wirtschaftliche Bedeutung dieses Landes sagt Weber dann weiterhin: „Die neue Kolonie Cochinchina wird in Zukunft einmal eine sehr bedeutende Stelle einnehmen und sich, wie fast sicher vorauszusehen ist, mit der Zeit mächtig ausbreiten und die sie umgebenden, von ca. 28 Millionen Menschen bewohnten, halb barbarischen Nachbarländer an sich ziehen oder wenigstens unter ihren Einfluß bringen, ganz in der Art, wie sich die englischen und holländischen Kolonien in Ostindien allmählich über ihre Nachbarländer ausbreiteten. Die unendlich reichen mineralischen und vegetabilischen Naturschätze dieser gesamten Landesgruppe des hinterindischen Festlandes werden einst derjenigen Macht, die sie besitzt, ungezählte Reichtümer liefern; die direkte Land- und Flußverbindung mit dem südlichen Teile des chinesischen Reiches, die jedenfalls in nicht zu langer Zeit geöffnet werden wird, wird einen mächtigen Handelsstrom durch diese Gebiete leiten. Der deutsche Handel wird eine ähnliche großartige Ausdehnung in diesen Gegenden gewinnen, wie der englische in den indischen Provinzen Großbritanniens gewonnen

hat, und auf diese Art mächtig zur Bereicherung des Mutterlandes beitragen..."

Nachdem der Verfasser dann noch als zur Akquisition geeignet die „Gesellschaftsinseln mit dem reizenden Otahaiti", die Marquesas-Inseln und die Insel Réunion empfohlen hat, sagt er am Schlusse: „Was die übrigen französischen Kolonien in Asien, Afrika, Amerika und Australien betrifft, so dürfte sich keine davon zur Akquisition für Deutschland eignen, und würde es auch vollständig genügend sein, wenn Deutschland sich unter den oben erwähnten Kolonien eine oder ein paar abtreten ließe..."

Wie Weber, so lenkt auch Volger in der auf Seite 64 genannten Schrift unsere Blicke auf den französischen Besitz in Indien hin. Nachdem er schon für Rückerwerbung des Elsasses und Deutsch-Lothringens, Luxemburgs und der sämtlichen noch in französischen Händen befindlichen früher geraubten Kunstgegenstände das Wort ergriffen hat, fügt er dem noch hinzu: „... Sollte Frankreich darauf einzugehen nicht geneigt sein, so kann wohl auch — der Appetit kommt beim Essen — auf die Freundschafts-Inseln und die französischen Besitzungen in Indien ein Blick geworfen werden; die als Flottenstationen für unser Handelsinteresse von großem Nutzen sein können und eventuell auch sind. — Die Krallen müssen Frankreich etwas beschnitten werden, sehr bald, sonst, sowie ihm die Gelegenheit günstig erscheint, würde es wieder zu kratzen versuchen".

Auch der Reichstag sollte sich noch offiziell mit der Kolonial-Frage beschäftigen. Als er im November 1870 zusammentrat, wurde ihm noch vor Beratung über die Verträge ein Antrag Bremer Reeder vorgelegt, die die Erwerbung der französischen Flottenstation Saigon

wünschten. Obwohl von der Petitionskommission wie auch von nationalliberaler Seite das Gesuch der weitblickenden Kaufleute der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen wurde, ging doch der Antrag Hoverbecks durch, der verlangte, über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen. —

Über die Stellungnahme Bismarcks und seiner Umgebung zu der Kolonialfrage sind wir nur soweit unterrichtet, als uns Lorenz darüber in seinem Buche: „Kaiser Wilhelm..." Andeutungen macht. Danach sollte (S. 508 und 516 ff.) Prinz Adalbert von Preußen in Versailles schon „frühzeitig" den Gedanken angeregt haben, „den Friedensschluß zu benutzen, um das Deutsche Reich mit Kolonien auszustatten. Insbesondere hatte er den Wunsch, in Ostasien und Neufundland Schiffsstationen und Kolonien zu erwerben und glaubte durch den Besitz von Guadeloupe dem deutschen Handel einen großen Vorteil zuführen zu können". Roon soll der Sache „nicht ungünstig" gegenüber gestanden haben. Delbrück äußerte sich ablehnend. „Er erklärte, daß Schiffsstationen nur unter der Voraussetzung der Anlagen von Kolonien einen Wert haben könnten, und solche halte er bloß für ein Unglück für Deutschland, da sie unbedingt die Herstellung einer großen Flotte erforderten, die übermäßige Kosten verursachen werde". Bismarck selbst soll „keineswegs die schroffen ablehnenden Ansichten Delbrücks in bezug auf die Erwerbung von Schiffsstationen und selbst Kolonien" geteilt haben und durch Abeken mit dem Großherzog von Baden darüber verhandelt haben. Doch die Sache zerschlug sich. „Bismarck erklärte schließlich den Kolonialfreunden, seiner Überzeugung nach seien überseeische Besitzungen für Deutschland zurzeit überhaupt noch nicht anzustreben; die Sache sei für das junge Reich zu früh und nur dann ausführbar,

wenn die Marine sich in einer bedeutenderen Entwicklung befinde, als tatsächlich zunächst der Fall sein könne".*) —

So scheiterte denn auch hier ein für die Zukunft bedeutungsvolles Unternehmen, und erst einer späteren Zeit mit durchgebildeterem Erkennen der Nationalbedürfnisse war es vorbehalten, Kolonien zu erwerben, die dem modernen Großstaat unentbehrlich geworden sind.

---

*) Daß die Kolonialfrage — wie Lorenz angibt — besonders wieder im Februar 1871 in den Vordergrund getreten sei, als es sich um den event. Verzicht auf Metz handelte, bestreitet Jacob. (A. a. O. Anm. S. 24. 17.)

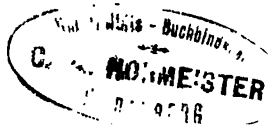
Journalistische Bibliothek
213
Heidelberg

Lebenslauf.

Geboren am 9. Januar 1879 zu Irmseul in Hannover als Sohn des jetzigen Oberinspektors und Rittergutspächters Heinrich Körner auf Rittergut Limmer, habe ich zuerst die Volksschule daselbst und später die höhere Stadtschule zu Alfeld besucht, wo ich auch im Herbst 1896 die Aufnahme- und drei Jahre später die Entlassungsprüfung des Kgl. Lehrerseminars bestand. — Nach privater Vorbereitung, die der Direktor des Realprogymnasiums zu Alfeld, Herr Herberholz, leitete, und dem ich zu größtem Danke verpflichtet bin, erlangte ich im Frühjahr 1902 am Gymnasium zu Goslar mein Reifezeugnis. Meine Studien führten mich auf die Universitäten zu München, Berlin, Heidelberg und Paris. In Heidelberg besuchte ich vornehmlich die Vorlesungen und Seminare der Herren Prof. Dr. Anschütz; Geh. Hofrat, Prof. Dr. Gothein; Prof. Dr. Hampe; Prof. Dr. Kindermann; Prof. Dr. Koch und Geh. Hofrat, Prof. Dr. Marcks. Sämtlichen Herren, besonders Herrn Geheimrat Marcks, von dem ich die Anregung zu der vorliegenden Arbeit empfing, und der mich bei der Ausführung derselben durch mannigfachen Rat unterstützt hat, spreche ich hiermit noch einmal meinen aufrichtigen und ergebensten Dank aus.

Hannover, im September 1907.

Gustav Körner.


HOLMEISTER